Nr. 289 — Halle (Saale), Mittwoch den 10. Dezember 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 886. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.
Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Kapitulation?

Jawohl, Kapitulation! Am heutigen Dienstage wird im Reichstage kapituliert — die Frage ist nur die, wer es ist, der sich ergibt und zu Kreuze kriecht. Die Situation ist so klar, daß es bereits heute einen Sieger und einen Besiegten geben muß.

Die Zaberner Vorgänge spitzten die Frage so zu: Militärdiktatur oder Verfassungsrechte? Die Frage ist bereits entschieden. Die Militärdiktatur siegte auf der ganzen Linie.

Aber durch das überwältigend große Mißtrauensvotum des Reichstags an den Reichskanzler und Kriegsminister wurde die ganze Frage erweitert. Sie lautet jetzt: Reichstagsmacht oder persönliches Regiment? Diese Frage wird jetzt entschieden. Verhandelt der Reichstag mit dem gebrandmarkten Bethmann weiter, bewilligt er ihm seinen Etat, so ist der erste Sieg der Militärdiktatur über das Volk durch den zweiten Sieg des persönlichen Regiments über die Volksvertretung würdig ergänzt. Es bleibt dann alles wie es war, die ganze Empörung blieb ohne Folgen.

Wird das so kommen? Wahrscheinlich ja! Denn die Sozialdemokratie hat im Reichstage für sich keine Mehrheit, sie braucht dazu mindestens die Liberalen. Aber diese Herrschaften fürchten sich jetzt bereits vor ihrer eigenen Courage. Sie werden, wie eines ihrer Berliner Organe meldet, jetzt verhandeln, um erst zu hören, ob und was Bethmann vielleicht noch über Zabern und Militärdiktatur „erklären" werde. Das sind elende Worte, die nur das Elend des liberalen Umfalls beschönigen sollen. Dabei besagt eine andere Meldung, Bethmann habe „keine Veranlassung mehr", auf Zabern zurückzukommen. Das ist prächtig, und in der Tat konsequent. Das ist die Taktik des Siegers. — Eine weitere Mitteilung besagt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe bei den Fraktionen der Nationalliberalen, der Fortschrittler und des Zentrums angefragt, ob sie für die Konsequenzen aus ihrer Zustimmung zum Mißtrauensvotum zu wirken bereit seien. Die angefragten Parteien hätten ablehnend geantwortet. Hat jemand etwas anders erwartet? Es wird noch toller kommen! Die bürgerlichen Parteien werden nicht nur mit dem von ihnen selbst gestäupten Kanzler verhandeln, sondern sie werden ihm auch seinen Etat bewilligen, damit er in der Lage ist, sie weiter zu schuriegeln und zu — verachten. Das deutsche Volk wird bald seine Lektion über Verfassungswesen und bürgerliche Tapferkeit hinter sich haben, dann kann oder soll es wieder einschlafen.

Die Sozialdemokratie wird freilich die Dinge weiter zu treiben versuchen. Ihre neueingebrachten Anträge zum Ausbau der Verfassung (siehe weiter unten) zeigen, daß sie den Kampf im Sinne einer Machterweiterung des Volkes beenden will. Die Anträge haben weder etwas Sozialistisches noch im Sinne der bürgerlichen Parteien „Unmögliches" an sich, sondern bewegen sich nur auf der Bahn zu einem freieren Staatswesen. Es sollen dem Militarismus und Absolutismus nur die furchtbarsten Vorrechte etwas beschnitten und die Volksrechte erweitert werden.

Und das hat gute Gründe. Die deutsche Bourgeoisie hat ihren Staat nicht im revolutionären Kampfe geschaffen. Sie überließ diese Aufgabe der Konterrevolution, die sie vermittels der Armee durchgeführt hat. Ohne die vorhergehende kapitalistische Entwicklung, d. h. ohne Bourgeoisie, die erst die Kruppkanonen, die Wege und Schulen gebaut hat, die den Sieg Deutschlands über Frankreich brachten und den deutschen Staat schufen, hätte es keine siegreiche Armee gegeben. Aber nachdem sie da war, ließ sie sich ihre selbständigen Rechte in der Verfassung garantieren. Mit Hurra kapitulierte die Bourgeoisie und das Heer schwor nicht der Verfassung, d. h. der Bourgeoisie, sondern dem vom Reichstag unabhängigen Kaiser Treue. Die Bourgeoisie schuf die Selbständigkeit des Heeres.

Vierzig Jahre lang führt die Bourgeoisie den Kampf gegen das arbeitende Volk. Sie schaut auf das Heer als auf das letzte Mittel der Niederhaltung des Volkes. Sie sondert es vom Volke ab, damit es vergesse, daß auch Vater und Mutter, Schwester und Bruder dem Volke angehören. Sie räumt den Junkern die größten Rechte ein, damit sie das Heer zum Kampfe gegen das Volk drillen. Die liberale Bourgeoisie hat die Diktatur des Offizierkorps geschaffen.

Zwanzig Jahre lang rüstet die Bourgeoisie zum Kampfe um einen möglichst großen Teil der Welt. Sie vergrößert mit jedem Jahr Flotte und Heer, sie predigt dem Volke, daß die Kanone das größte Gut der Menschheit sei. Sie ist stolz auf ihr herrliches Instrument Militarismus und verhehlt es ihm nicht. Ein verhätscheltes Kind aber wird zum Tyrannen der Eltern, es fordert despotisch ihre Unterwerfung unter jede seiner Launen. Die Bourgeoisie hat den Despotismus der Armee geschaffen.

Mit Schrecken erblickt sie die Folgen ihrer Taten. Sie blickt auf das Schauspiel in Zabern, wie jene Matrosen im Roman Viktor Hugos, vor deren Augen sich, dank ihrer eigenen Schuld, von einer Kanone der Haken losgelöst hat und die nun, von den Bewegungen des Schiffes nach allen Seiten geworfen, alles niederrennt und verwüstet, worauf sie stößt. Das Instrument wurde zum Herrscher. Die losgekoppelte Kanone aber kann der schuldige Matrose in ihrer Raserei aufhalten, indem er sein Leben riskiert. Auch die Bourgeoisie könnte dem Despotismus der Armee, wie dem Despotismus überhaupt ein Ende bereiten. Aber sie will nicht nur das Leben nicht riskieren, sondern sie scheut selbst die Kosten des Kampfes; kann sie doch die wütende Soldateska nicht zähmen, ohne damit die Rechte des Volkes zu vergrößern. Darum wird sie sich die Herrschaft des Säbels gefallen lassen.

Das Volk aber kann den Militärabsolutismus nicht beenden, bevor es nicht demokratische Rechte im Kampfe gegen Soldateska, Junker und Kapital erobert hat. Neue Rechte aber erobert das Volk nicht im Parlament, sondern auf der Straße. Das Parlament zahlt sie nur aus. Diesem Kampfe der Massen außerhalb des Parlaments muß der Kampf unserer Genossen im Parlamente dienen. Tapfer haben sie den Militärabsolutismus bekämpft. Jetzt gilt es, die „protestierenden" Bourgeois als die Erzeuger des tobenden Ungeheuers, das sie schließlich doch immer wieder als ihr legitimes Kind anerkennen werden, an den Pranger zu stellen.

Den Massen aber muß gesagt werden, daß sie nur so viel Macht im Parlamente durch ihre Vertreter ausüben können, als sie draußen im Volke in die Wagschale werfen. In den Volksmassen selbst muß das Machtgefühl geweckt werden. Es muß sich so gewaltig äußern, daß es der Reichstag spürt und keine Partei es mehr wagen darf, das Volk um seinen entscheidenden Einfluß zu prellen.

*

Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich im Hinblick auf die Zaberner Vorgänge und die dabei erneut zutage getretene Unzulänglichkeit unserer Verfassungszustände mit der Frage beschäftigt, welche Maßnahmen erforderlich wären, um dem Scheinkonstitutionalismus wirksam zu Leibe zu gehen. Sie hat in dieser Richtung bereits früher folgende Anträge gestellt, die bei der am Dienstag beginnenden Etatsdebatte selbstverständlich eine besondere Rolle spielen werden:

Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17 b bis 17 i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.)

In Artikel 11, Absatz 2, der Verfassung des Deutschen Reiches sind hinter den Worten **„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats" einzuschalten „und des Reichstags"** (erforderlich).

Hinter Artikel 23 der Reichsverfassung wird nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23 a.

Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitversäumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.

Bei der Beratung des Militäretats werden die auf die Demokratisierung des Heeres abzielenden Anträge, wie bereits bei der letzten Heeresvorlage, zur Erörterung gestellt werden.

*

Das Urteil eines Juristen.

Der Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Berlin, Anschütz, veröffentlicht in der Deutschen Juristenzeitung einen Artikel, in dem er das Vorgehen des Militärs vom juristischen Standpunkt aus unter die Lupe nimmt. Nachdem Anschütz die Vorfälle in Zabern kurz wiedergegeben hat, zitiert er den bei einem bewaffneten Einschreiten des Militärs zunächst in Betracht kommenden Art. 36 der preuß. Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, der durch den Artikel 61 der Reichsverfassung auf ganz Deutschland übertragen worden ist. Diese Bestimmung lautet:

„Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden. In letzter Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen."

Anschütz weist darauf hin, daß in Zabern von einer Anrufung militärischer Hilfe durch die Zivilbehörden keine Rede war und sagt dann:

> Es war also gesetzwidrig, wenn das Militär proprio motu und mit Gewalt das Publikum von den öffentlichen Straßen und Plätzen vertrieb, gesetzwidrig, wenn es unter Zerstörung von Tor und Tür in die Wohnungen eindrang, um nach „Schuldigen" zu suchen, und ein ganz flagranter Rechtsbruch, wenn die festgenommenen Personen in den Pandurenkeller der Kaserne eingesperrt und dort bis zum nächsten Tage gefangen gehalten wurden. Das ist keine Verhaftung, sondern Freiheitsberaubung!

Anschütz untersucht weiter die Frage, ob etwa das Militär zu den Verhaftungen befugt war auf Grund der Bestimmung, die jedermann erlaubt, unter Umständen eine vorläufige Festnahme vorzunehmen. Auch diese Frage verneint Anschütz. Er schreibt:

> Aber die vorläufige Festnahme setzt voraus Ergreifung auf frischer Tat, und auf welcher „frischen Tat" sollen die zahlreichen ganz Unschuldigen, Unbeteiligten, die man einzusperren beliebte, wohl ergriffen worden sein? Ferner und vor allem: wo blieb die Befolgung des § 128 der Str.-P.-O., der vorschreibt, daß der Festgenommene unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks zur Vernehmung vorzuführen ist? Hat man vielleicht, ich weiß es nicht, den Amtsrichter des Bezirks mit in den Pandurenkeller gesperrt, damit er seine Mitgefangenen sogleich verhören könne?

Auch das preußische Gesetz über den Waffengebrauch, das Anschütz bei seiner Untersuchung heranzieht, rechtfertigt seiner Meinung nach das Verhalten des Militärs in Zabern nicht. Der Gelehrte schließt seinen Artikel mit folgenden Worten:

> Was wir zu unserm Bedauern erleben mußten, war — dies will wohl beachtet sein — kein mit gesetzwidrigen Mitteln geführter Kampf gegen französelnde Bestrebungen im Elsaß, sondern ganz einfach eine Aeußerung des alten Gegensatzes zwischen Deutschland und Preußen. Der preußische Militärstaat zeigt keine Neigung, sich, seine Eigenart und seine Unarten aufzugeben, sich vollkommen einzufügen in die nationale Gesamtheit als deren führendes, aber doch dienendes Glied. Hoffen wir, daß diese Neigung sich einstellen, daß Preußen auch in dieser Hinsicht mehr und mehr in Deutschland aufgehen möge. Nicht eine — weder erstrebenswerte noch auch nur mögliche — Verpreußung Deutschlands, sondern die Eindeutschung Preußens muß das Ziel unserer inneren Nationalpolitik sein.

*

Allerlei Meldungen.

Die Anklage gegen die Zaberner Rekruten. Die in Untersuchungshaft sitzenden Rekruten, die am heutigen Dienstag abgeurteilt werden sollen, werden neben der Zuwiderhandlung gegen einen dienstlichen Befehl auch noch des — „militärischen Aufruhrs" bezichtigt. Reaktionäre Blätter teilen weiter mit: „Zuverlässigsten Feststellungen zufolge waren die schuldigen Rekruten vor ihrer Einstellung organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften." Viel fehlt nicht mehr, dann ist man bei der Behauptung angelangt, daß an den Vorkommnissen in Zabern eigentlich — die Sozialdemokratie schuld ist!

Was wird mit dem Leutnant v. Forstner? Nach der Oberschlesischen Volksstimme sei der großartige Held der Zaberner Vorgänge, Leutnant v. Forstner, nach Gleiwitz versetzt worden. Amtlich aber wird das bestritten. Aus Straßburg wird gemeldet, daß der Leutnant und auch der Oberst v. Reutter vom Dienste suspendiert sind, bis das gegen sie schwebende Verfahren seinen Abschluß gefunden hat. Als sicher wird es bezeichnet, daß das 99. Infanterie-Regiment nicht mehr nach Zabern zurückkehrt, vielmehr durch das sächsische Infanterie-Regiment Nr. 105 ersetzt werden soll.

Das Bureau Deutscher Telegraph bringt die luftige Meldung, Leutnant Forstner würde wegen des Dettweiler Vorkommnisses vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auch der Oberst Reutter werde sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Die Meldung klingt sehr unwahrscheinlich, und wird auch von keiner anderen Seite bestätigt. Bei Forstner handelt es sich wahrscheinlich um eine Verwechslung mit der Untersuchung, die erneut wegen seiner Aeußerungen gegen das französische Heer angestellt worden ist.

26 Elsässer gehen zur Fremdenlegion. Die Folgen von Zabern zeigen sich in eigenartiger Weise: Wie aus Belfort gemeldet wird, haben sich dort und auf dem Werbebureau in Nancy 26 Elsässer für die französische Fremdenlegion anwerben lassen. Sie wollen lieber in den algerischen Sandwüsten verdursten oder in den Kerkern verschmachten als beim herrlichen preußischen Kommiß gedrillt zu werden.

Wieder ein neuer Zwischenfall.

Wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Saarburg in Lothringen mitgeteilt wird, hat dort am Sonnabend abend ein angetrunkener Veterinär eine Zivilperson durch den Gebrauch eines verbotenen Schimpfwortes und eine andere Person durch einen Schlag mit der Hand beleidigt. Der Veterinär ist wegen Trunkenheit außer Dienst schwer bestraft worden, auch ist sofort wegen groben Disziplinarvergehens und wegen Beleidigung die gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden.

Worin die sofortige „schwere Bestrafung" bestand, erfährt man in diesem neuesten Falle genau so wenig wie in dem Zaberner Fall und doch könnte nur eine öffentliche Auskunft über die Art der Strafe die Möglichkeit bieten, zu ermessen, ob wirklich von einer schweren Bestrafung die Rede sein kann.

*

Weitere Protestkundgebungen.

Frankfurt a. M.: Am Sonntag mittag fand hier eine Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Zabern mit ihren Gesetzesverletzungen und Bedrohung der Bürger durch das Militär sowie gegen das Verhalten der Reichsregierung statt. Der Besuch war außerordentlich stark. Der große Raum des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0001

Firkus Schumann war vollständig gefüllt. Unter den mehr als 5000 Teilnehmern war auch eine große Anzahl Bürgerlicher. Der Vortrag des Genossen Abgeordneten Wendel mit seiner scharfen Kritik der Ueberhebung des Militärs und des Versagens der Reichsregierung gegenüber den Verfassungsbrüchen durch die Militärgewalt fand starken Anklang. Die Polizei hatte Angst vor Demonstrationen und hielt ein großes Aufgebot von Schutzleuten bereit, was natürlich ganz überflüssig war und nur die Schutzleute um einen Teil des freien Sonntags brachte.

Agitationsbezirk Frankfurt a. M.: 18 Volksversammlungen nahmen im Bezirk Frankfurt a. M. Stellung zu den Vorgängen in Zabern. Außerordentlich groß war die Anteilnahme der Massen vor allem in Hanau, Höchst, Wiesbaden, desgleichen in einer Reihe ländlicher Orte. Nachdrücklichst unterstrichen die Massen, daß das Mißtrauensvotum des Reichstages gegenüber dem Reichskanzler erst der Anfang eines entschiedenen Kampfes sein müsse, um der Militärdiktatur in Zukunft zu steuern und verfassungsmäßigeren Zuständen die Wege zu ebnen.

Hamburg: Die Hamburger Parteileitung hatte zu Freitag abend sieben große Versammlungen einberufen, die sämtlich überfüllt waren. Unter häufiger stürmischer Zustimmung der Versammelten wurde von den Rednern scharfe Kritik an dem Säbelregiment im Reichsland und an dem Verhalten der Regierung im Reichstag geübt. Eine im Sinne der Referate gehaltene Resolution wurde überall einstimmig angenommen.

Brandenburg a. H.: Der Saal in dem der Arbeiterschaft gehörenden Volkshause erwies sich als zu klein, die zuströmenden Massen in sich aufzunehmen, so daß Nebenräume in Anspruch genommen werden mußten. Reichstagsabgeordneter Peus hielt das von lebhaftem Zustimmungskundgebungen begleitete Referat.

Bielefeld: Freitag abend fanden gegen die Militärdiktatur vier Protestversammlungen statt, und zwar in Bielefeld, Herford, Minden und Detmold. Die Versammlung in Bielefeld war von mehr als 2000 Personen besucht.

Stettin: Zwei stark besuchte Versammlungen, in denen die Genossen Reichstagsabgeordneter Vogtherr und Redakteur Schumann die Vorgänge in Zabern und im Reichstage einer scharfen Kritik unterzogen, fanden hier statt. Wie weit die Erregung um sich gegriffen hat, bewiesen die derben Zwischenrufe und der stürmische Beifall, der den Rednern gezollt wurde. Eine Resolution, die das Vorgehen des Militärs und des Leutnants Forstner verurteilt, dem persönlichen Regiment die Verachtung ausspricht und Beseitigung der unfähigen Minister wie auch Schaffung von ordentlichen Rechtsgarantien verlangt, wurde unter lebhafter Zustimmung angenommen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 9. Dezember 1913.

Der Staat als Förderer der Arbeitslosigkeit.

Die Königl. preußischen Eisenbahndirektionen haben, offenbar auf höhere Weisung, Verfügungen zur Einschränkung des Personalbedarfs erlassen. Es wird darin allgemein darauf hingewiesen, daß entsprechend dem Verkehrsrückgang sich auch der Personalstand verringern müsse. In der Verfügung der Eisenbahndirektion Köln heißt es u. a.: „Die Dienststellenvorsteher werden beauftragt, den Personalbestand nach Möglichkeit einzuschränken, die nicht unbedingt notwendigen Kräfte zurückzuziehen und die zur Kontrolle des Personalverbrauchs erlassenen Bestimmungen genau zu beachten.“

Vom Minister der öffentlichen Arbeiten ist wiederholt bestimmt versichert worden, daß auch bei einer Verschlechterung der Konjunktur Arbeiterentlassungen aus dem Eisenbahndienst nicht erfolgen. In den amtlichen Verfügungen wird allerdings vermieden, das Wort „Entlassung“ zu gebrauchen. Nur von der Einschränkung des Personalbedarfs ist die Rede. Aus den Verfügungen geht aber hervor, daß den Vorstehern der Dienststellen zur Pflicht gemacht wird, eine Verminderung des Personals unter allen Umständen herbeizuführen, und das ist ohne Entlassung von Arbeitern nicht möglich. Durch Schiebungen werden sehr viele Arbeiter genötigt, „freiwillig“ auszuscheiden und die dadurch frei werdenden Stellen werden nicht wieder besetzt. So hat man 1908-09 Tausende von Arbeitskräften „erspart“, trotzdem wurde behauptet, Entlassungen wegen Arbeitsmangel seien nicht vorgenommen worden.

Die Verfügungen der Eisenbahnverwaltungen lassen das vielgepriesene Wohlwollen und die Fürsorge für ihre Bediensteten in hellster Beleuchtung erglänzen. Unter den Arbeitern und Bediensteten ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß es an Arbeitskräften an allen Ecken und Enden mangelt. Die Herren am grünen Tische wissen das aber besser, sie rechnen einfach die nötige Anzahl heraus und bringen den Bedarf in Einklang mit den „bewilligten Mitteln“. Was weiter daraus entsteht, überlassen sie den Dienststellen und dem Personal. Wenn dann trotz starker Ueberlastung des vorhandenen Personals Verzögerungen und Verkehrsstockungen eintreten, dann werden die „Säumigen“ und „Nachlässigen“ zur Rechenschaft gezogen.

Der Staat nimmt nicht die geringste Rücksicht; unmittelbar vor dem „Fest der Liebe“ trifft er Maßnahmen, die geeignet sind, Tausende von Familien brotlos zu machen. Es zeigt sich hier aufs deutlichste, wie notwendig es wäre, den Bediensteten eine entscheidende Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsverhältnisse zu sichern.

Warum noch ein Zuchthausgesetz?

Ja warum? Langen doch die bisherigen Gesetze und die Praxis der deutschen Rechtsprechung vollkommen aus, um die Streikenden zu züchtigen und die Streikbrecher liebevoll zu stützen. Sehr oft müssen Streikende die Beobachtung machen, daß sie infolge einer unbewußten und unwillkürlichen Voreingenommenheit der Richter gegen alles, was Streik heißt, auch bei sehr mangelhaft geführtem Schuldbeweis verurteilt werden. Der Satz in dubio pro reo (in Zweifelsfällen für den Angeklagten) scheint in Streikprozessen kaum Geltung zu haben.

Einen Beleg hierfür liefert die Stettiner Justiz, dieselbe, die den arbeitswilligen Messersteher Brandenburg trotz eines nach Ansicht der Außenstehenden lückenlosen Schuldbeweises glatt freisprach. Vor der Strafkammer in Stettin hatten sich dort am Mittwoch die seit dem 17. Oktober in Untersuchungshaft befindlichen Arbeiter Grabowski, Gottschalk und Gagewski zu verantworten. Sie wurden beschuldigt, am Abend des 8. Oktober Arbeitswillige mißhandelt zu haben. Es handelt sich um einen Auflauf am Grabower Freistaden, bei dem ein Arbeiter namens Kirchner einen Messerstich erhalten hat, während die Täter unerkannt in der Dunkelheit entkamen. Kirchner glaubte nun, in den Angeklagten die Täter wiederzuerkennen. Dagegen sagten die übrigen Tatzeugen aus, es sei so dunkel gewesen, daß man niemand hätte erkennen können. Die Angeklagten Gottschalk und Gagewski konnten vor Gericht durch Zeugen ein einwandfreies Alibi erbringen. Beide hatten an dem betreffenden Abend den Grabower Freistaden überhaupt nicht besuchten. Es blieb also nur noch der Angeklagte Grabowski übrig, der sich zwar zur fraglichen Zeit am Freistaden befunden hatte, im übrigen aber jede Teilnahme an der Schlägerei bestritt. Außer dem Verletzten Kirchner konnte kein Zeuge das Gegenteil behaupten. Gleichwohl verurteilte das Gericht, das die Angeklagten Gottschalk und Gagewski freisprach, den Angeklagten Grabowski zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis.

Ergebnis: Am hellichten Tag rennt der Arbeitswillige Brandenburg dem Streikenden Kühl ein Messer in den Leib, und — wie ein Dutzend Zeuger bekunden, nicht in Notwehr — er wird freigesprochen, er ist nicht überführt. In dunkler Nacht bekommt inmitten eines Auflaufs der Arbeitswillige Kirchner einen Messerstich. Obwohl es so finster war, daß außer ihm selber keiner der Beteiligten einen der Täter erkannt hat, obgleich von den drei angeblichen Tätern, die Kirchner erkannt haben will, zwei ihr vollkommenes Alibi nachweisen und obwohl damit unwiderleglich feststeht, daß Kirchners Beobachtungen vollkommen wertlos sind, gilt der dritte Mann, bei dem es bis zum Alibi nicht langt, als völlig überführt. Ein Beitrag zum Thema „Beweiswürdigung“.

Und vor allem ein Beitrag für die Notwendigkeit, dem konservativen Antrage auf Erlaß strengerer Arbeitswilligenschutzgesetze im Reichstage zuzustimmen ....

Das Gute muß aus Rußland kommen!

Die Abschnürelung des fluchbeladenen Einfuhrscheinsystems, das den deutschen Agrariern und Getreidehändlern ungeheure Liebesgaben zuschanzt, ist dem deutschen Volke noch nicht gelungen. Nun soll die Hilfe aus — Rußland kommen. Es wird gemeldet, daß es mit dem Kampfe der russischen Regierung gegen das deutsche Einfuhrscheinsystem ernst zu werden scheint. Rußland will die deutsche Konkurrenz im Getreidehandel durch die Einführung des russischen Getreidezolles los werden. Der Gesetzentwurf über Einführung des russischen Getreidezolles ist vom Petersburger Handelsministerium bereits in endgültiger Form festgestellt und dem Ministerrat am 2. Dezember vorgelegt worden. Als Termin der Einführung wird der Tag der Ratifizierung vorgeschlagen. Die Art der Verzollung und die Höhe der einzelnen Zollsätze haben in der endgültigen Fassung keine Aenderung erfahren. Neu ist, daß der Getreidezoll für Rußland und Finnland je durch ein besonderes Gesetz eingeführt werden soll. Gründe handelsvertraglicher Natur dürften die Veranlassung zu dieser Zweiteilung sein.

Wird der russische Getreidezoll eingeführt, so wird das deutsche Einfuhrscheinsystem lahmgelegt; die Interessen der deutschen Brotesser sind dann nicht von der deutschen, wohl aber von der russischen Regierung gefördert worden.

Kriegervereinliches.

Dürfen Kriegervereinsmitglieder sozialdemokratisch wählen oder einem Konsumvereine angehören? Diese Frage hat der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes in Berlin wie folgt beantwortet:

Die von dem Vertretertag des Kyffhäuserbundes im September 1901 beschlossenen und von dem Abgeordnetentag des preußischen Landeskriegerverbandes 1903 in Hirschberg angenommenen Grundsätze über die vaterländischen Aufgaben der deutschen Kriegervereine haben auch für Kommunalwahlen Geltung, denn die Wahl eines Sozialdemokraten in einen städtischen Vertretungskörper bedeutet gleichfalls eine Unterstützung der Sozialdemokratie. Hiernach müssen Mitglieder von Kriegervereinen, die bei kommunalen Wahlen einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, aus dem Kriegerverein entfernt werden, wenn sie es nicht vorziehen, freiwillig auszuscheiden. Die Zugehörigkeit von Mitgliedern eines Kriegervereins zu einem Konsumverein, welcher, wenn auch in erheblichem Umfang, sozialdemokratische Mitglieder hat, reicht nicht aus, um die betreffenden Mitglieder aus dem Kriegervereine auszuschließen, denn solange jemand lediglich in Wahrnehmung seiner persönlichen materiellen Interessen sich einer Vereinigung anschließt, welche das materielle Interesse ihrer Mitglieder zu fördern bestimmt ist, kann hieraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Anders stellt sich das Bild, wenn der betreffende Konsumverein aufhört, nur rein wirtschaftliche Interessen seiner Mitglieder zu fördern, sondern politische Zwecke verfolgt. In solchem Falle würden unsere Mitglieder erst darauf hinzuweisen sein, daß sie tatsächlich durch ihre Mitgliedschaft die sozialdemokratischen Bestrebungen fördern, und sie würden aufzufordern sein, ihre Mitgliedschaft bei dem Konsumverein aufzugeben. Erst wenn sie das nicht tun, würde mit Ausschließung gegen sie vorzugehen sein.

Also: sozialdemokratische Stimmzettel dürfen die Kriegervereinler bei Wahlen nicht abgeben, doch werden sie als Mitglieder eines Konsumvereins unter gewissen Bedingungen bis auf weiteres gnädigst geduldet. Das ist kein Terrorismus! Weiterdenkende Arbeiter müssen aus dem neuesten Kriegerverbands-Ulas die Konsequenzen ziehen!

Es gärt. Um die Kriegervereine leistungsfähiger zu machen, ist auf der Breslauer Tagung des Deutschen Kriegerbundes eine Erhöhung der Beiträge beschlossen worden. Als Protest gegen diese Beitragserhöhung hat der Oldenburgische Kriegerbund beschlossen, mit seinen 20 000 Mitgliedern aus dem Deutschen Kriegerbund auszutreten.

Deutsches Reich.

— **Der Zentralausschuß der Fortschrittspartei** beendete am Sonntag in Berlin seine Beratungen. Am zweiten Verhandlungstage sprach der Abg. Fischbeck über Militärgesetz und Wehrsteuern. Er schilderte die Haltung der Fortschrittspartei zu diesen beiden Vorlagen im Reichstage und forderte Reformen im Heere und Beseitigung der Privilegienwirtschaft. An der Diskussion über den Vortrag beteiligten sich die Abgg. Pachnicke und Kopsch. Es wurde internationale Verständigung verlangt, um zu einer Einschränkung der Rüstungen zu kommen. Widerspruch gegen diese Auffassungen erhob sich nicht. Der Ausschuß war auch einverstanden mit der Haltung der Fortschrittsfraktion im Reichstage.

— **Auflösung der braunschweigischen Welfenpartei.** Die Landesrechtspartei, wie sich die braunschweigischen Welfen nannten, hat am Sonntag ihre Auflösung beschlossen, da die herrlichen patriotischen Ziele, die sich die Partei gesteckt hatte, mit dem Einzuge des Herzogs erreicht seien. Ein Teil der Mitglieder widersprach der Auflösung, weil man den Herzog vor dem Einfluß der „aalglatten“ und „schweifwedelnden“ Nationalliberalen bewahren müßte, drang aber mit diesem Widerspruch nicht durch.

— **Landesverratsprozeß gegen die Polen?** Die Staatsanwälte in Westfalen bemühen sich, Material gegen die Polen zusammenzubringen, die bekanntlich vor einiger Zeit einen Polentag in dem holländischen Grenzstädtchen Winterswyk abgehalten haben. Der staatsanwaltschaftliche Eifer richtet sich in der Hauptsache gegen den ausführenden Ausschuß des Polentages, dessen Mitgliedern man wegen Landesverrat den Prozeß machen möchte.

Schweiz.

Das neue Fabrikgesetz angenommen. Am Sonnabend war die Schlußabstimmung im schweizerischen Nationalrat (Volksvertretung) über das neue Fabrikgesetz; der Rat stimmte einstimmig für den Kompromißentwurf der großen wirtschaftlichen Verbände — Arbeiterbund, Bauernbund, Industriellenverbände und Gewerbeverband. Während die Annahme des jetzt noch geltenden Fabrikgesetzes von 1877, als Marksteine der sozialen Entwicklung allseitig mit Freuden begrüßt wurde, ist über das revidierte Gesetz eigentlich niemand von Herzen froh, — eine Anpassung an die neuzeitliche Entwicklung, eigentlich nichts mehr. Das Gesetz bringt die 59-Stunden-Woche, also täglich zehn und Sonnabends neun Stunden gesetzliche Maximalarbeitszeit, für Betriebe, die den Sonnabend-Nachmittag freigeben, die täglich Arbeitszeit von 10½ Stunden mit siebenjähriger Uebergangsfrist bis zur Einführung des Zehnstundentages. Nach sieben Jahren wird die 56½stündige Arbeitswoche, je zehn Stunden die ersten fünf Wochentage und 6½ Stunden Sonnabends das gesetzliche Maximum sein, wenigstens für Industrie mit Frauenarbeit. Weiter bringt das Gesetz die Erhöhung des Eintrittsalters für Arbeiterinnen auf fünfzehn Jahre und sonst für den Schutz von Frauen und Jugendlichen nicht viel mehr als die internationalen Konventionen ohnehin vorschreiben. Endlich wird die Möglichkeit von obligatorischen Schiedsgerichten und die absolute Unentgeltlichkeit sämtlicher Zivilprozesse zwischen Fabrikanten und Arbeitern geschaffen. — Das ist alles, was an Fortschritten zu verzeichnen ist. Sozialdemokratische Anträge auf Bestrafung jener Unternehmer, die das Vereinsrecht verletzen oder schwarze Listen benützen, wurden natürlich abgelehnt. Das heißt, der Rat hatte soviel Schamgefühl, in einer Resolution zu verlangen, daß die Unterdrückung von Freiheitsrechten im neuen Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt werden solle.

Die Verhandlungen im Nationalrat standen unter dem Gefühl der Angst vor dem Referendum. Während nämlich in den Kantonen jedes Gesetz, bevor es rechtsgültig wird, zur Volksabstimmung kommen muß, ist die Verfassung des Bundes so reaktionär, daß nur dann eine Volksabstimmung vor sich gehen muß, wenn diese innerhalb sechs Monaten nach Parlamentsbeschluß von 50 000 Bürgern durch Unterschrift verlangt wird. Da aber die vier großen wirtschaftlichen Interessenvertretungen, die einzig die Macht haben, die 50 000 Unterschriften im Laufe eines Halbjahres zusammen zu bekommen, dem Gesetzentwurf als einem Verständigungsprodukt noch vor der parlamentarischen Behandlung zustimmten, so erscheint es ausgeschlossen, daß das Referendum zustande kommt. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß eine Gewerkschaftsgruppe oder eine besonders reaktionäre Industriellengruppe die Unterschriften-Sammlung einleitet. Kommt es zur Volksabstimmung, so wird die Sozialdemokratie kaum ein Bedürfnis haben, mit Begeisterung für das Gesetz zu fechten.

Frankreich.

Das neue Ministerium ist nun endlich doch noch zustande gekommen. Es setzt sich aus folgenden Männern zusammen: Vorsitz und Auswärtiges Doumergue, Justiz: Bienvenu Martin, Inneres: Renoult, Finanzen: Caillaux, Krieg: Noulens, Marine: Monis, Oeffentlicher Unterricht und Schöne Künste: Viviani, Handel, sowie Post und Telegraph: Malvy, Oeffentliche Arbeiten: Fernand David, Ackerbau: Raynaud, Kolonien: Lebrun, Arbeit und soziale Fürsorge: Letin; zu Unterstaatssekretären wurden ernannt für das Innere Raoul Peret, Krieg: Maginet, Handelsmarine: Ajam; das Unterstaatssekretariat des Finanzministeriums wird abgeschafft, das der Schönen Künste soll heute, Dienstag, besetzt werden, wahrscheinlich mit Abel Ferry oder Jacquier.

Bulgarien.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen ist zwar noch nicht genau bekannt, doch zeigt es, soweit es aus den Städten vorliegt, überraschende Erfolge der Sozialdemokratie. Erfolge, die jede Erwartung übertreffen. — Die russenfreundlichen Parteien haben fast gar keine Mandate erhalten, dagegen hielten sich die Demokraten ziemlich gut. Die Regierung dürfte wohl eine Mehrheit erhalten, jedoch kaum die von ihr erwartete erdrückende Mehrheit. Ueberall herrschte gleichgültige Ruhe, nirgends ereigneten sich Zwischenfälle. In der Stadt Sofia wählten ungefähr 11 000 von 22 000 Wahlberechtigten. Für die Regierung stimmten über 400 Wähler. Die Sozialisten erhielten über 2000, die Demokraten 1000, die Geschowpartei 700, die Danewpartei 240 Stimmen.

Sofia, 9. Dezember. **Nach den bisher bekanntgewordenen Wahlergebnissen dürften die liberalen Regierungsparteien 130 bis 150 Mandate erhalten, die beiden sozialistischen Fraktionen zusammen über 20, die Agrarier gegen 20, die Demokraten etwa 10 Mandate. Die Danewpartei dürfte gar keinen und die Geschowpartei fünf Mandate erringen.**

China.

Vor einer neuen Revolution? Die Zustände im Innern des chinesischen Riesenreichs werden sehr verschieden dargestellt. In einer Meldung aus Peking heißt es, daß China vor einer neuen Revolution stehe. In der Provinz kommen täglich Revolten unter den Truppen vor, die verbittert sind, weil sie lange Zeit keinen Sold mehr erhalten haben, und die Truppen im Süden halten offen zur Revolutionspartei. Täglich finden Massenverhaftungen und Hinrichtungen statt. Das Parlament stehe unter einem solchen Druck, daß es nur noch dem Namen nach besteht.

Von anderer Seite wird dagegen wieder versichert, daß sich nicht nur die Finanzlage, sondern die allgemeine Lage Chinas in der letzten Zeit „bedeutend günstiger“ gestaltet habe. Das chinesische Kabinett beschäftige sich jetzt daher eingehend mit der Finanzreform, wobei den chinesischen Anleihen besonderer Aufmerksamkeit zugewendet werde. Sobald das neue Zollsystem vollständig durchgeführt sei, wird China mit der Rückzahlung der alten Anleihen beginnen und ebenso die Entschädigung aus dem Boxeraufstand bezahlen.

Auch die Militarisierung des Landes nach europäischem Muster schreitet immer mehr fort und die allgemeine Wehrpflicht wird zwar langsam aber sicher eingeführt. Im Jahre 1914 findet die Gestellung des Restes aller Wehrpflichtigen statt, im Jahre 1915 wird die Einführung des Heeresdienstes in den Nordprovinzen erfolgen, später in den Mittelprovinzen und zuletzt erst in den Südprovinzen. Das Marineministerium beabsichtigt, die fünf Küstenorte Peiheitschiang (Kwantung), Sanschawan (Fukien), Hsiangschanwan (Tschekiang), Jungtschöng südlich vor Weihaiwei (Schantung) und Hulutou (Fengtien) zu Kriegshäfen auszugestalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0002

Gewerkschaftliches.

Aufreizende Ungerechtigkeit des Handelsministers gegen die Gewerkschaft der Gärtner.

Durch eine vom 23. Januar d. J. datierte Verfügung wurden die preußischen Landwirtschaftskammern vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten angewiesen, im Rahmen dieser Kammern besondere Gärtnereiausschüsse zu schaffen. Diese Ausschüsse sind gedacht als wirtschaftliche Interessenvertretungen für das Gebiet der gesamten Gärtnerei, d. h. sowohl für die dem eigenen Haushalt dienenden Betriebe (Villen, Herrschafts-, Guts- und Schloßgärtnereien), als auch für öffentliche Zwecke (Gemeinde, Friedhöfe u. dergl.) und ebenso für die gewerblichen und handelsgewerblichen Gärtnereien.

Die Bildung der Ausschüsse ist im allgemeinen den Maßnahmen der Landwirtschaftskammern überlassen. Ihre Stärke soll, je nach Verbreitung der Gärtnerei, bei den einzelnen Kammern auf 8 bis 15 Mitglieder beschränkt werden. Der Minister empfiehlt aber, daß davon die Kammer selbst nur ein Drittel stelle, während zwei Drittel aus den Kreisen der Gärtnereiinteressenten durch die Kammer hinzuzuwählen seien. Es sei zweckmäßig, bei dieser Zuwahl die Vorschläge und Wünsche der Gärtner weitgehend zu berücksichtigen. Wörtlich wird gesagt:

„Bei der Heranziehung der gärtnerischen Vertretungen zu den Arbeiten der Gärtnereiausschüsse werden sich die Kammern übrigens nicht grundsätzlich auf die Arbeitgeber zu beschränken haben, sondern es wird sich empfehlen, gegebenenfalls auch Vertreter von Arbeitnehmern zu berücksichtigen, die im Gärtnereigewerbe in verhältnismäßig großer Anzahl, besonders als gelernte Gehilfen, vorhanden sind."

Die Verfügung wurde abschriftlich den Unternehmerverbänden zur Kenntnis gegeben. Von den Arbeiterverbänden wurde gleichzeitig der christliche Gärtnerverband benachrichtigt, später auch noch der blaugelbe Verband deutscher Privatgärtner, der anfänglich übersehen war, weil er erst kurze Zeit existiert. Der christliche Gärtnerverband ist ersucht worden, „den die Ausschüsse für Gärtnerei betreffenden Plänen seine Unterstützung nach Möglichkeit zu gewähren und in diesem Sinne auch auf seine provinziellen Unterverbände einzuwirken". Der christliche Gärtnerverband ist denn auch seither zu den in Frage kommenden Vorarbeiten herangezogen worden, ebenso der Privatgärtnerverband. Der freigewerkschaftliche Allgemeine deutsche Gärtnerverein aber, der eine fast zehnfach größere Mitgliederzahl in sich vereinigt, wird vollständig als Luft behandelt. Und das, trotzdem dieser Verband schon in zwei Eingaben den Herrn Landwirtschaftsminister auf diesen eigenartigen Zustand aufmerksam gemacht hat! Da hierauf keine Antwort und auch sonst keine Aenderung der Maßnahmen erfolgte, so erneuerte der freigewerkschaftliche Verband die Eingabe durch eine zweite. In dieser wird u. a. gesagt:

„Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein nimmt für sich in Anspruch, die in Frage kommenden Berufsangelegenheiten mit mindestens der gleichen Aufmerksamkeit im Rahmen seiner Tätigkeit zu behandeln wie der Deutsche (nationale) Gärtnerverband, das möglichenfalls tun wird. Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein ist dazu aber in erhöhtem Maße in der Lage, da seine Mitgliedschaft eine erheblich größere ist; laut Ausweis seiner Bücher hatte der Allgemeine deutsche Gärtnerverein im Jahresdurchschnitt 1912: 6950 Mitglieder, während der Deutsche Gärtnerverband, nach seinen eigenen Angaben, in demselben Jahre 819 Mitglieder zählte. — Es liegt uns fern, uns etwa aufdrängen zu wollen, um so weniger, als die angeordneten Gärtnereiausschüsse, besonders in Organisation und Verwaltung, ganz und gar nicht unseren Wünschen entsprechen, aber wir meinen doch, vom regierungsseitigen Standpunkte der Unparteilichkeit erwarten zu sollen, daß dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein dasselbe Recht eingeräumt wird, das sogar einem weit unbedeutenderen Verbande eingeräumt worden ist."

Auch auf diese zweite Eingabe ist eine Antwort nicht ergangen. Die größte Gärtnergewerkschaft bleibt nach wie vor mit Wissen des Herrn Ministers von aller und jeder Teilnahme ausgeschlossen. Das ist das gleiche Recht in Preußen.

Werden die Ruhrbergleute lebendig?

Die neuesten Vorgänge im Ruhrkohlenbergbau (Feierschichten, Lohnreduktionen, Kündigungen) scheinen wieder neues Leben in die Reihen der Bergarbeiter zu bringen, die infolge des verlorenen Streiks zu einem erheblichen Teile gleichgültig geworden waren. Eine sehr gut besuchte Bergarbeiterversammlung, die am Sonntag in Essen stattfand, stimmte dem Referenten, Genossen Hue, lebhaft zu, als er zu schleunigem Aufraffen gegenüber der drohenden Gefahr weiterer Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse aufforderte. Daß die Löhne während der Hochkonjunktur gegenüber den riesigen Unternehmergewinnen und der Lebensmittelverteuerung so stark im Hintertreffen geblieben, und jetzt schon erheblich reduziert würden, obwohl die Profite noch auf alter Höhe geblieben, oder noch weiter steigen, sei die Folge des durch christlichen Streikbruch verlorenen Kampfes von 1912. Wenn die Christlichen meinen, daß jetzt die Zeit für einen Streik günstiger sei, so mögen sie nur handeln. Für den Verband könne er erklären, daß dieser keinen Streikbruch begehen werde, und auch die polnische Berufsvereinigung und die Hirsch-Dunckerschen würden Solidarität üben. Es gelte aber, so schloß Redner seinen Appell zum Massencintritt in die Organisation, nicht nur die Lohnfrage und was damit zusammenhängt, sondern auch die Verteidigung des Streikrechts gegen das die Scharfmacher jetzt Sturm laufen. — In der Diskussion bestätigten mehrere Redner die Richtigkeit der von der Zechenpresse in Abrede gestellten Nachrichten über Kündigungen, besonders aber über die teils vollzogenen, oder für 1. Januar angekündigten starken Lohnkürzungen unter Angabe genauer Tatsachen. Die Stimmung war eine sehr erbitterte.

Die englischen Gewerkschaften und der Dubliner Streik. Der Vereinigte Arbeiterausschuß, der aus Vertretern der Arbeiterpartei, des Gewerkschaftskongresses und des Gewerkschaftsverbandes besteht, hat beschlossen, eine Delegation von sechs Mitgliedern nach Dublin zu entsenden. Die Delegation besteht aus den hervorragendsten Mitgliedern der drei Körperschaften, die zum letzten Male Friedensverhandlungen mit den Dubliner Scharfmachern versuchen sollen, um dann dem Dienstag zusammentretenden außerordentlichen Kongreß aller Gewerkschaften Bericht zu erstatten. — Die kleinen Unternehmer und die schwer geschädigten Geschäftsleute fordern von den Scharfmachern, daß sie endlich nachgeben, denn siegen könnten sie doch nicht mehr. Die Bürgerliga Dublin fordert sogar von den Behörden, daß sie die Streikbrecher nicht mehr beschützt, dann müßten die Scharfmacher sofort einlenken.

Der Kampf im österreichischen Buchdruckgewerbe. Wie aus Wien gemeldet wird, verliefen die seit einiger Zeit wegen Lohndifferenzen zwischen den Buchdruckereibesitzern und Setzern Niederösterreichs geführten Verhandlungen ergebnislos, da die Unternehmer die Forderungen der Setzer nur teilweise anerkennen wollen. Es ist daher in den Provinzstädten ein Ausstand der Setzer zu erwarten. Nach Innsbruck und Prag ist jetzt auch in Reichenberg der Streik ausgebrochen. Die Prinzipale nahmen Aussperrungen nur in Werkdruckereien vor. Die Gehilfen führten den Gegenschlag, indem die Zeitungspersonale kündigten.

Aus der Provinz.

Oeffentliche „Fürsorge" für Kinder.

Eines der traurigsten Kapitel der heutigen Gesellschaft ist das Kinderelend. Kommt es doch noch häufig vor, daß elternlose Kinder von den Gemeinden durch Annoncen vergeben werden. Kürzlich erließ der Gemeindevorstand in Schmadebeck bei Köpelin folgende Anzeige:

„Für zwei gesunde, kräftige Kinder von 10 und 11 Jahren (Mädchen) wird von der Gemeinde ohne Vergütung gegen eine Jahresrente von 32 Mk. pro Kind Unterkommen gesucht."

Man weiß nicht, ob die Annonce so gemeint ist, daß der Gemeindevorstand noch 32 Mk. bei dem Geschäft herausschlagen will. Aber selbst wenn er noch 32 Mk. jährlich draufzahlen wollte, so wäre das ein armselig unsoziales Angebot. Handelt es sich hier um einen Landort, so wollen auch Großstädte nicht zurückstehen. Frankfurt a. M. mußte erst kürzlich vom Oberlandesgericht in letzter Instanz verurteilt werden, eine Summe an Verpflegungskosten für ein an Veitstanz leidendes Kind, das von einem Verein in einer Anstalt untergebracht war, zu zahlen. Das Frankfurter Armenamt hatte sich von Anfang an zu dem Fall ablehnend verhalten, so daß der Verein zugunsten des Kindes eingriff und erst auf dem Klagewege die Gemeinde zwingen konnte, ihre Pflicht an dem Kinde zu erfüllen.

Merseburg. Kartellsitzung. Unter den Eingängen befand sich ein Zirkular des Bäckerverbandes, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft, durch welches der Arbeiterschaft das rigorose Verhalten der Firma Berger in Wöbneck (Schokoladenfabrik), den dort beschäftigten Arbeitern gegenüber, zur Anschauung gebracht wird. — Das Angebot des Allgemeinen Theaterverbandes, für die Merseburger Arbeiterschaft einen Theaterabend zu veranstalten, konnte der hohen Kosten wegen (200 bis 400 Mk.) keine Berücksichtigung finden. — Der Kassenbericht vom 3. Quartal ergibt eine Einnahme von 748,98 Mk., eine Ausgabe von 173,75 Mk. und einen Kassenbestand von 575,23 Mk. — Die Neuwahl des Kassierers für den abgereisten Genossen Vetter wird in der ersten Sitzung des kommenden Jahres vorgenommen. — Genosse Krüger rügt die unvollständige Angabe der Mitgliederzahlen seitens einiger Gewerkschaften. Der auf 1950 Mitglieder angegebene Bestand wird schon heute in Wirklichkeit weit überschritten. — Zur Neuanschaffung von Büchern werden der Zentralbibliothek neben den laufenden Ausgaben weitere 60 Mk. bewilligt; eine gleiche Summe hat der Parteiverein in Aussicht gestellt. — Nach der amtlichen Bekanntmachung hat das Oberversicherungsamt die ortsüblichen Tagelöhne auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung wie folgt festgesetzt: Für männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 1,40 Mk., von 16 bis 21 Jahren 2,40 Mk., über 21 Jahre 3,20 Mk.; für weibliche Arbeiter: von 14 bis 16 Jahren 1,20 Mk., von 16 bis 21 Jahren 1,50 Mk., über 21 Jahre 1,60 Mk. Diese Festsetzung stellt gegen die früher bestandenen Sätze eine kleine Verbesserung dar. — Die Listen von der Stadtverordnetenwahl sind beim Genossen Hey einzusehen und die Berichte dem Kartellvorstand einzureichen. — Entschuldigt fehlten: Häber, Hoffmann, Handlungsgehilfen; unentschuldigt: Schmidt, Bauarbeiter; Keck, Schuhmacher; Koch, Maschinisten; Albrecht, Transportarbeiter, und Thieme, Schneider.

Eilenburg. Stadtverordnetensitzung. Der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 5 Uhr, liegt wieder eine umfangreiche Tagesordnung vor. Der wichtigste Beratungsstoff dürfte wohl sein: Beschlußfassung über einen Antrag der Korbmacher-Innung auf Erlaß des Anweisegeldes bei der Verpachtung der Weidenkabeln; Kenntnisnahme von den ordentlichen Kassenrevisionen im November 1913; Kenntnisnahme von einer außerordentlichen Revision der Sparkasse; Wahl zweier unbesoldeter Stadträte für eine sechsjährige Wahlperiode vom 1. April 1914 ab; Beschlußfassung über die Entlastung der Jahresrechnungen der Forstverwaltung, der Schulen, der Stiftungen und der städtischen Werke. Nach Bewältigung der Tagesordnung reden die Stadtväter dann noch hinter verschlossenen Türen.

Eilenburg. Kartellsitzung vom 5. Dezember. Genosse Steinmüller, der als Vertreter der Friseurgehilfen anwesend ist, bittet die Gewerkschaften, den Beschluß des Gewerkschaftskongresses zu beachten, welcher besagt, daß die Arbeiterschaft den Friseurgehilfen die moralische Unterstützung angedeihen lassen soll. Es ist dies möglich, daß die Gehilfen nach ihrer Organisationskarte befragt werden. Genosse Heinemann unterzieht die Stadtverordnetenwahlen einer Kritik und bedauert, daß eine ganze Anzahl Gewerkschaftsmitglieder ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Er ersucht die Gewerkschaftsvorstände, der Sache auf den Grund zu gehen, damit dieses Uebel rechtzeitig beseitigt wird und nicht etwa noch weiter um sich greift. Ferner sollen auch die Gewerkschaften die Konsequenzen ziehen und auch die Geschäftsleute unterstützen, die öffentlich die Vertreter der Arbeiterschaft wählen. Die Gesamteinnahme von den drei letzten Veranstaltungen betrug 387,50 Mk., dem stand eine Ausgabe von 462,80 Mk. gegenüber, sodaß ein Defizit von 75 Mk. verbleibt. Die Weihnachtsveranstaltungen für zureisende Genossen sollen in der üblichen Weise vorgenommen werden. Zugedachte Spenden, wie Schuhwerk, Kleidungsstücke usw., sind dem Vorsitzenden Genossen Heinemann zu überweisen. Auch die Silbertersler findet in der üblichen Weise statt. Beschlossen wurde noch, einen Kursus über Buchführung abhalten zu lassen. Genosse Lehmann macht auf den noch Weihnachten in der Säge stattfindenten Stenographen Kursus aufmerksam.

Eisleben. Weihnachtsfreude? In ziemliche Erregung sind die Konsumenten des städtischen Elektrizitätswerkes versetzt worden. Wie man uns mitteilt, haben sie jetzt von der Stadt die Rechnung für die Hausanschlüsse erhalten. Einmal ist man über die Apothekerpreise aufgeregt und denn, weil man in dem Glauben war, die Hausanschlüsse seien frei. Soweit wir uns erinnern können, ist diese Annahme berechtigt, denn im vorigen Jahre, als die Leitungen gelegt wurden, forderte man alle Interessenten auf, bis zu einem bestimmten Termin ihre Anmeldungen einzureichen; später einlaufende könnten nicht berücksichtigt werden. Ueberdies zeigt das Einlaufen der Rechnungen für im Vorjahre gemachte Arbeiten nicht von besonderer Schnelligkeit. Man überlege, vorausgesetzt, daß die Stadt zur Forderung der Bezahlung der Anschlüsse berechtigt ist, wieviel Zinsen dem Stadtsäckel durch das lange Kreditieren des Geldes verloren gegangen ist. Wir haben keine Ursache, für die, meist arbeiterfeindlichen, Geschäftsleute und Hausbesitzer die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sonst würden wir die Berechnung der Arbeiten einer besonderen Kritik unterziehen. Trotzdem können wir es nicht unterlassen zu sagen, daß man in Eisleben, nach unserer Auffassung, eine recht sonderbare Mittelstandspolitik treibt. Deshalb geben wir uns der Hoffnung hin, daß dieses Weihnachtsgeschenk für die Konsumenten des Elektrizitätswerkes manchen erkennen läßt, wo er seine wahren Freunde zu suchen hat.

— Vom Reichsgericht. Wegen fortgesetzten schweren Diebstahls bezw. wegen Begünstigung dieses Verbrechens hat die Strafkammer beim Amtsgericht Eisleben am 19. Mai d. Js. die Brüder Otto und Adolf Herning zu 1 Jahr bezw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hatten die beiden Angeklagten Revision eingelegt, die indessen vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

Sangerhausen. Von der Lehrlingsausbildung. Die Verurteilung eines früheren Lehrlings des Bäckermeisters Jäppelt hierselbst wegen Fälschedes zugunsten und auf Veranlassung seines liebevollen Meisters, wirft wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die von manchen Kleinmeistern beliebte Lehrlingsaus-bildung. Noch krasser wie im Bäckereigewerbe liegen hier die Verhältnisse, was Lehrlingszüchterei anbetrifft, in den Schlossereien. Werden doch in einigen Werkstätten Sangerhausens 10 Lehrlinge und mehr bei keinem einzigen beschäftigten Gehilfen „ausgebildet". Nach Beendigung der Lehrzeit fliegt der neugebackene Gehilfe dann aufs Straßenpflaster und mag sehen, wo er sein Weiterkommen findet. Oftmalige Arbeitslosigkeit ist die Folge. Daß dies gepaarte Verhältnisse sind, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Die frivolen Praktiken des Bäckermeisters Jäppelt sind aber auch noch in anderer Beziehung bemerkenswert, nämlich im Hinblick auf die Konsumvereinsbäckerei. Was ist doch über dieses moderne Arbeiterunternehmen beim letzten Stadtverordnetenwahlkampf alles zusammengeschrieben worden; sogar als unmoralisch wurden die genossenschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter hingestellt. Solche Zustände in bezug auf Arbeitszeit usw., wie sie die Verhandlung in Nordhausen ergeben hat, werden aber in einer Konsumvereinsbäckerei nicht herrschen. Es werden auch keine Lehrlinge beschäftigt, sondern verheiratete Gehilfen werden dort ihre Existenz finden. Und das ist im Interesse der Allgemeinheit gelegen, im Gegensatz zu der Lehrlingszüchterei mancher Kleinmeister. Was sind das für Existenzen, die nur durch Anwendung verwerflicher Mittel erhalten werden können? Ist das etwa moralisch? Liegt das im Interesse der Allgemeinheit? Bitte, ihr Herren vom Bürgerverein und von der bürgerlichen Presse, hier gilt es Farbe zu bekennen. Hier muß erst einmal eine Aenderung eintreten, ehe die Werke der Arbeiterschaft verunglimpft werden, denn die Konsumvereinsbäckerei schafft einwandfreie Existenzen, vom Bäckermeister Jäppelt und vielleicht manchem anderen seiner Zunftgenossen kann man dies aber nicht behaupten.

— Der Meineidsanstifter Jäppelt verhaftet. Am Sonntag wurde auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Nordhäuser Landgericht der Bäckermeister Jäppelt wegen Verleitung zum Meineid verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Die Sangerhäuser Zeitung, die sonst über jedes noch so belanglose Vorkommnis ausführlich berichtet, teilt ihren geduldigen Lesern diesmal nur ganz schamhaft mit, daß Jäppelt wegen Vergehens gegen § 159 des StGB. festgenommen sei. Aber wenn es sich um einen Arbeiter handelte, dann hätte man sicher die Art des Verbrechens genau festgestellt.

Prettin. Flugzeuglandung. Der Flieger Peckmann, welcher am Sonntag vormittag 10 Uhr mit einem Doppeldecker der Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenthal auf dem Flugplatze in Leipzig aufgestiegen war, hatte in der Nähe unserer Stadt die Orientierung verloren und irrte um die Mittagszeit über unserm Ort umher, bis er um 12.35 Uhr zwischen der Stadt und dem Elbdamm in der Nähe der Fährstraße landete. Als er von hier aus noch einmal aufzusteigen versuchte, geriet das Flugzeug in weichen Ackerboden und stellte sich auf den Kopf. Hierbei zerbrach der Propeller. Nachdem für diesen Ersatz von Leipzig eingetroffen war, konnte Peckmann am Montag den Rückflug antreten.

Torgau. Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend vormittag beim Verlegen eines Mastes der elektrischen Leitung in der Nähe des Schlachthofes. Bei dieser Arbeit fiel ein Schiebebock um und traf den Steinsetzer Gustav Schuster derart, daß er einen Beinbruch erlitt, der eine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Ob bei dem Unglücksfall wieder, wie so oft, die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet worden sind, ließ sich bis jetzt noch nicht feststellen.

Belgern. Bürgermeister Lederbogen bleibt. Vor einigen Tagen war von der Gemeindevertretung in Falkenberg Bürgermeister Lederbogen, obwohl er sich nicht darum beworben hatte, als besoldeter Gemeindevorsteher gewählt worden. Jetzt ist er auch nun von unserer Stadt wiederum auf längere Zeit gewählt worden und bleibt hierdurch unserem Orte erhalten. Soweit uns bekannt, hat Bürgermeister Lederbogen sein Amt als gerecht und unparteiisch verwaltet und wer weiß, was für ein neuer Mann seinen Posten eingenommen hätte.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig; für Ausland und Feuilleton Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Soziales, Technische Rundschau und Vermischtes Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparet; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Zähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk

Aus bestem Metall hergestellt und schwer versilbert, sind Quaker Oats Gratis Löffel eine Zierde für jeden Tisch und besonders geeignet für Weihnachtsgeschenke.

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie sämtliche Gutscheine beisammen haben, senden Sie uns per Postanweisung **M. 1.25,** und wir werden Ihnen den Löffel sofort zusenden. **Dieser Betrag wird Ihnen zurückerstattet,** wenn uns bis zum 31. Dezember 1914 die erforderl. Anzahl Gutscheine zugesandt wird. Quaker Oats Company, m. b. H., Hamburg, Abt. f.

Genaue Abbildung in Naturgrösse. Ohne Reklameaufdruck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0003

*2575

Herren- und Knaben-Garderobe

Stets Neuheiten. — Stets Neuheiten.

Carl Oppenheimer, Sangerhausen.

Nur Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Serien-Tage!

Ganz besonders preiswerte Zusammenstellungen.
Billige und günstige Gelegenheit für Weihnachtsgeschenke.

95 Pf. **1⁹⁵** Mk. **2⁹⁵** Mk.

Ein Posten **Rodelmützen** 95 Pf.
1 Russenkittel . 1.95 95 Pf.
1 Sofakissen 2 95 1.95 95 Pf.
1 Männer-Barchent-Hemd . . . . . . 95 Pf.
1 Anstandsrock . . . 95 Pf.
1 Blusenschürze . . . 95 Pf.
1 weisse Teeschürze . 95 Pf.
Damen-Blusen riesig bill. 3.95 2 95 95 Pf.
1 Küchentischdecke u. 1 Leitungsschoner } 95 Pf.
Kleiderstoff m 2.95 1.95 95 Pf.
1 bunt. Damenbeinkleid 95 Pf.
1 Lammfell-Jäckchen rot oder weiss . . . 95 Pf.
Puppen-Sportwagen 95 Pf.
1 Dtzd. Poliertücher 95 Pf.
1 Puppen-Nähmaschine 95 Pf.
1 Soldaten-Garnitur . 95 Pf.
Blusen-Abschnitte . . 95 Pf.

1 Kostüm-Rock . 2.95 1.95
1 Südwester . . . 0.95 1.95
1 Kleiderschürze . 2.95 1.95
Blusenseide Meter 0.95 1.95
1 Normalhemd m. Eins. 2.95 1.95
1 Bettdecke . . . 2.95 1.95
1 Bettuch, weiß, engl. Leinen 2.95 1.95
1 Jagd-Weste . . 2.95 1.95
Wischtücher Dtz. 0.95 2.95 1.95
1 Blusenschürze . 2.95 1.95
Kinder-Garnituren Muff und Boa . 2.95 1.95
1 Normal-Hemd . . 2.95 1.95
1 Knaben-Sweater 0.95 1.95
1 Strickjacke . . . 0.95 1.95
1 Ueberhandtuch . 2.95 1.95
Puppen-Wagen . 2.95 1.95
Pompadour-Neuheiten 0.95 2.95 1.95

1 Bettbezug m. 2 Kissen, weiss oder bunt . 2.95
1 Inlett, fertig genäht, . 2.95
1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten 2.95
1 Oberhemd, weiss o. bunt, 2.95
1 Mufflon-Pelz 2.95
Knaben-Pyjack, neu, mit Abzeichen 2.95
1 Steppdecke 2.95
1 Bettdecke 2.95
1 Korsett . . . 95 1.95 2.95
1 Markttasche, Leder . 2.95
1 Dtzd. Taschentücher . 2.95
Knaben-Anzug, schöne Ausführung, alle Gröss. 2.95
Tischtücher, weiß 95 1.95 2.95
1 Reisetasche . 95 1.95 2.95
1 Kissenplatte . . 1.95 2.95
Kleid im Kart., 6 m versch. Must., 2.95

Marken auf alle Waren. **H. Elkan** Halle (Saale) Leipzigerstr. 87.
5465

Hausfrauen spart!

durch Verwendung des gesetzl. gesch.

„Saalegold"

(hochfeines, reines Rinderfett, reellster Buttersatz)

in der **Küche** und zur **Weihnachts-Bäckerei!**

Rinderfett „Saalegold" ist keine Margarine, sondern ein reines Naturprodukt von hervorragendem milden Geschmack, bräunt wie Butter, eignet sich vorzüglich zur Stollenbäckerei und bedeutet eine grosse Ersparnis im Haushalt.

*2463

Anstelle von 1 Pfd. Butter genügen ¾ Pfd. Saalegold.

Erhältlich das ganze Jahr hindurch in fast allen Fleischereien.

Preis 90 Pfennig per Pfund.

Dampftalgschmelze u. Speisefettfabrik

Tel. 724. der Fleischer-Innung zu Halle (Saale). Tel. 724.

Reste
in weiss Damast, Pelzpikee, Kattun, Barchent, Möbelkrepp empfiehlt billig 4906
A. Zimmer,
Zwingerstraße 7. M. d. R.-Sp.-V.

Nur 16 M.: Ober-, Unterbett u. Kissen, rot Inlett, zu verkaufen *217 Albrechtstraße 16, I. l.

Solide Familien 5096
erhalten sämtliche Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe ꝛc., auch auf **Teilzahlung**, bei
Friedr. Gronau, Barfüßerstr. 16

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Nähmaschine,
kurze Zeit gebraucht, prachtv. Gebett Federbetten, rot Inlett, Bettstelle, gr. Spiegel sehr billig zu verkaufen 5452
Geiststr. 21, 2 Tr.

!! Abbruch !!
Moritzkirchhof, Zapfenstraße sind 1000 Fuhren Brennholz billig zu verkaufen *2539

Umzug der Volks-Buchhandlung.

Wegen Vornahme des Neubaues des Gewerkschaftshauses wird die **Volks-Buchhandlung** ab **Anfang Januar 1914** nach F.

Harz 29, Ecke Georgstrasse

verlegt. — Um bis dahin mit den **vorhandenen Lagerbeständen zu räumen,** werden vielerlei Artikel schon von jetzt ab zu herabgesetzten Preisen verkauft.

Die Geschäfts-Leitung.

Möbel-Transporte
besorgt billig 4178
R. Weihmann, Bernhardystr. 35

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 8. Dezbr.

Aufgeboten: Arbeiter Spindler und Margarete Wallrodt (Brunoswarte 32 und Taubenstraße 18). Arbeiter Voigt und Anna Franke (Spitze 13 und Glauchaerstr. 30). Arbeiter Böttcher und Charlotte Rust (Kleine Schloßgasse 8). Hilfsweichensteller Grübner und Anna Ehrich (Ladenbergstraße 58 und Henriettenstraße 21a). Arbeiter Felgentreff und Marie Stephan (Anhalterstraße 11 und Leipzig). Apotheker Wegener u. J. Schmitz (Halle und Thale). Lehrer a. D. Dr. phil. Krafft und G. Kuntze (Halle und Klitzschmar). Hoboist und Sergeant Mittau u. H. Kothe (Kuxhaven und Wilhelmshaven). Arbeiter Wiesigstrauch u. A. Nebrich (Teutschental und Alsleben).

Eheschließung: Gerichtsassessor Wagner u. Helene Zedel (Gehren und Steinweg 46/47).

Geboren: Arbeiter Matuschak S. (Schmiedstraße 25). Vizewachtmeister Peschel S. (Merseburgerstraße 97). Kaufmann Hinsche S. (Magdeburgerstr. 48). Geschirrführer Wehnert S. (Raffineriestraße 15). Arbeiter Zachäus S. (Kleine Ulrichstraße 12). Arbeiter Dietze S. (Weingärten 25). Arbeiter Eichapfel S. (Gr. Berlin 12). Arbeiter Lappe a. Oberröblingen T. (Klinik). Arbeiter Hiedscholt a. Lennewitz S. (Klinik). Schlosser Horn S. (Lauchstädterstraße 7). Arbeiter Bonschke T. (Schmiedstraße 31). Eisendreher Mörtz S. (Sperlingsberg 1). Regierungsbaumeister Heinemann T. (Rudolf Haymstraße 20).

Gestorben: Direktor a. D. Hempel, 54 J. (Beyschlagstraße 30). Direktor Möllhoff, 43 J. (Merseburgerstr. 27). Monteur Schmidt, 42 J. (Schwetschkestr. 17). Arbeiters Freund T., 1 J. (Unterplan 8). Arbeiters Heder Tocht., 2 Mon. (Ludw. Wuchererstr. 68). Arbeit. Obenauf Ehefr. Mathilde geb. Johr aus Fördersiedt, 43 J. (Klinik). Arbeiters Wittig Sohn, 2 Mon. (Burgstr. 12). Fleischer Goldstein aus Gröbzig, 70 Jahre (Klinik). Gärtner Glout aus Schkeuditz, 22 J. (Klinik). Privatmanns Melcher Ehefr. Emilie geb. Wolf, 49 J. (Jakobstr. 44). Küfer Höche, 56 J. (Unterberg 7). Bergbeiters Ecke aus Gerbstedt Ehefrau Auguste gebor. Schellhaase, 58 J. (Bergmannstrost).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 2), 6. Dezember.

Aufgeboten: Sergeant Ewerth und Gertrud Eckhardt (Potsdam und Göbenstr. 3).

Eheschließungen: Handlungsgehilfe Gregor u. Gertrud Röbisch (Kötitz und Bismarckstraße 22). Kutscher Bauer u. Frieda Reiter (Große Gosenstraße 30). Schlosser Hartlapp und Frieda Demme (Bernhardystr. 39 und Reilstr. 30). Kaufmann Müller und Gertrud Waschinsky (Frankleben und Wielandstr. 14). Arbeiter Bultz und Getrud Behrendt geb. Gebser (Böckstraße 4).

Geboren: Arbeiter Schulze T. (Gr. Gosenstraße 3). Bauführer Schmidt S. (Königsberg 4a).

Gestorben: Arbeiters Mehlhose Ehefrau Auna geb. Eichhorn, 39 J. (Fleischerstr. 39). Arbeiter Eberth aus Naumburg (S.), 45 J.

8. Dezember:

Geboren: Schlosser Marfak S. (Hardenbergstraße 3). Arbeiter Putzer S. (Gr. Brunnenstr. 28). Bäcker Lindemann T. (Mötzlicherstraße 9). Arbeiter Alk T. (Fleischerstraße 38).

Gestorben: Invaliden Lathan Ehefrau Friederike geb. Kain aus Stedten, 52 Jahr. Maurers Voigt Ehefrau Auguste geborene Wendrich aus Harsdorf, 37 Jahre. Wissenschaftl. Lehrer Hartleben, 51 J. (am Kirchtor 29a).

Nützliche Weihnachts-Geschenke!

Hosenträger (Endwell-System) 85, 95 Pf., 1.—, 1,25 bis 2.00.
Gummi-Hosenträger 75 Pf. 1.00, 1.25, 1.50 bis 4.00.
5454
Zelida-Dauer Wäsche bestes Fabrikat elegant, praktisch, dauerhaft.
Kragen von **50** Pf. an.
Kertzscher, Unt. Leipzigerstr. 26, Grosse Ulrichstr. 63.

Michel

Michel-Brikets

anerkannt beste Marke.
Jahresproduktion 100 000 Waggons
Zu haben beim *1934
Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

Kommoden
Flur-Garderoben
Spiegel
Wasch-Toiletten
Frisier-Toiletten.
Grosse Auswahl.
5458 Billigste Preise.
G. Schaible
Möbel-Fabrik, am Ratskeller.

Puppenwagen, Korbwaren sehr solid, **Peddig- u. Triumphstühle, Kindertische und -Stühle, Puppen und Spielwaren** empfiehlt in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen
Bruno Rolle, Reilstr. 33. 5455

*2576 **10 M. Belohnung** dem Wiederbringer d. am Montag 11 Uhr vorm. gestohlenen gebr. Damen-Fahrrades, von dem Grundstück Reilstr. 81, da Hausbote haftb. Gust. Fuhrmann, Drog., Reilst. 5. T. 1146.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Nachruf!

Am Sonntag den 7. Dezbr. verstarb plötzlich u. unerwartet unser treuer Arbeitskollege

Wilhelm Herms.

Die Kollegen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. 5459

Das Arbeitspersonal der Brauerei Günther.

Glaser-Verband
Zahlstelle Halle (Saale).

Am Sonntag verschied nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege

Otto Konrad

im Alter von 49 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr auf dem Nordfriedhofe statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht. 5457
Die Ortsverwaltung.

Nachruf!

Nach schwerem Krankenlager verschied sanft unser langjähriger Abfüller

Herr Wilhelm Herms

aus Passendorf.
Wir betrauern tief und aufrichtig das Dahinscheiden eines treuen, arbeitsamen Mannes, der uns unvergeßlich bleiben wird.
Halle (Saale), den 9. Dezember 1913.
*2578 **Hallesche Exportbier-Brauerei Fr. Günther.**

Am Freitag den 5. Dezember verschied plötzlich der Musiker

Richard Thamhayn.

Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und strebsamen, jungen Mann, dem wir ein treues Gedenken bewahren werden.
Zwintschöna, den 9. Dezember 1913. *2574
Die Mitglieder der Kapelle Engelmann. Familie Engelmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 289 Halle (Saale), Mittwoch den 10. Dezember 1913 24. Jahrg.

Stadtverordnetensitzung.

Der Magistrat erteilet eine Schlappe. — Wer hindert den Fortschritt der kommunalen Sozialpolitik in Halle? — Der Oberbürgermeister macht die Kuratorien verantwortlich. — Der „Zoologische" in städtischer Regie.

Die Stadtverordneten hatten in ihrer Sitzung am Montag nachmittag ausgedehnte sozialpolitische Debatten. Eine erneute Petition der städtischen Arbeiter gab dazu den äußeren Anlaß. Es wurden darin die bekannten Forderungen wiederholt auf Einsetzung von Arbeiterausschüssen, Einführung von Lohnskalen und Wochenlöhnung, die von unserer „liberalen" Stadtverwaltung noch jedesmal Ablehnung erfahren hatten. Nach den gestrigen Auseinandersetzungen darf erwartet werden, daß die Wünsche der städtischen Arbeiter in Zukunft loyalere Prüfung erfahren sowohl im Magistrat als auch den Kuratorien. Und wenn sich die Aufsichtsinstanzen in ihrer Mehrheit nicht wenigstens für die Errichtung von Arbeiterausschüssen entscheiden, dann muß geschehen, was Genosse Osterburg gestern als Radikalmittel in Vorschlag brachte: die Kuratorien auf der ganzen Linie von den reaktionären, arbeiterfeindlichen Elementen zu säubern!

Inneren Anlaß zu der breit gesponnenen Debatte gab das Verhalten des Oberbürgermeisters. Der ließ wieder einmal eine Rede los, aus der man wohl auf das bekannte arbeiterfreundliche Herz des Stadtoberhauptes schließen soll, die aber irgendwelche Verpflichtungen nicht eingeht. Wir kennen diese Oberbürgermeisterreden! Immerhin war es erfreulich, daß Herr Rive noch einmal vor den Augen der Oeffentlichkeit den Brunnen aufdeckte, in den bisher alle Wünsche und Forderungen der städtischen Arbeiter versenkt worden waren: die Kuratorien. Und auch die weiteren Ausführungen über die Errichtung eines Magistratsdezernats für Arbeiterangelegenheiten entbehrten nicht des Allgemeininteresses. Ein echter Rive war die Anregung zur Gründung eines sozialen Ausschusses zur Gewährung der Löhne für Weihnachten und Neujahr an die städtischen Arbeiter in diesem Jahre, welche Gedanken sich schnell zu Anträgen verdichteten, die Annahme fanden.

Genosse Osterburg, der Redner unserer Fraktion, nahm sich auch diesmal aller Wünsche der städtischen Arbeiter auf das wärmste an. Er führte eine ganze Reihe von Gründen an, die die Respektierung der Arbeiterwünsche zur gebieterischen Pflicht machen. Er geißelte aber auch das bisher in Halle geübte merkwürdige System der städtischen Arbeiterfürsorge, das Lohnzulagen immer so zu gestalten wußte, daß mehr genommen als gegeben wird. Eine Beschwerde vom Wasserwerk Beesen war ihm treffendes Beweismaterial.

Trotz alledem wurde wiederum nur das Unzulängliche Ereignis. Der sozialdemokratische Antrag erfuhr Ablehnung gegen sechs Stimmen; der Antrag auf Ueberweisung der Forderung nach Arbeiterausschüssen, den der Sprecher des Petitionsausschusses wiederhols verteidigt hatte, fand Annahme. Nun liegt die Verantwortung beim Magistrat, in erster Linie beim Oberbürgermeister. Wird er seinen gestrigen warmen Worten nun endlich die Tat folgen lassen? Die Tat nachhaltigster Einwirkung auf die führenden Männer in den Kuratorien, die ihm unterstellten Dezernenten? Mancher Widerspruch wird sich noch geltend machen, das ist gewiß. Manche unserer Stadtverordneten sind zu viel Unternehmer, die in der Festsetzung moderner Arbeitsbedingungen für die Arbeiter öffentlicher Betriebe einen „Anreiz" für die Arbeiter ihrer Privatbetriebe fürchten. So z. B. Herr Strumpf, der sich gestern nicht einmal für die Gewährung der Lohnentschädigung zu Weihnachten und Neujahr einzutreten bereit fand. Fürchtete er die Konsequenzen gegenüber seinen Arbeitern? So weiter Herr Zell, der Gewaltige der Pfännerschaft, der sich an der Sozialdemokratie zu reiben versuchte, um sein Lob der Arbeiter-Ausschüsse einzuschränken. Daß die Herren Döhler und Herzau nicht einmal für die Installierung des sozialen Ausschusses zu haben waren, überraschte eigentlich weniger. Man weiß ja, daß diese beiden „Liberalen" sich jetzt ihrer fortschrittlichen Parteipflicht ledig fühlen und nun ihren Scharfmachergelüsten unbeschränkt frönen können.

So hat die Debatte eine Fülle charakteristischer Momente. Wir haben sie deshalb in ihren wesentlichen Teilen ausführlich wiedergegeben, und verweisen auf den nachfolgenden Bericht.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Magistrat mit seinem Antrag auf Schaffung der Stelle eines besonderen Brückenbaubeamten Schiffbruch erlitten. Trotz des Umfalles von zwei redeluftigen Magistratsgegnern blieb die ablehnende Mehrheit noch beträchtlich. Das Projekt der Uebernahme des Zoologischen Gartens dagegen passierte glatt.

•

Sitzungsbericht.

Den Vorsitz führt Stadtv.-Vorsteher Dr. Lembser. Die Sitzung wird 4.20 Uhr eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Stadtv. Hoë folgende

Anfrage an den Magistrat:

Ist der Magistrat geneigt, nach dem Vorgange anderer Städte für die Aufrechterhaltung der bisherigen Gesindeabonnements unter Erweiterung der Leistungen bis zur gesetzlichen Höhe durch Verhandlungen und Verträge mit den Krankenhäusern und Kliniken einzutreten?

Die Interpellation soll in der nächsten Sitzung vom Magistrat beantwortet und verhandelt werden.

Verlängerung der Straßenbahn Halle-Schönnewitz.

Stadtv. Grabehand referiert. Bereits bei Gelegenheit der landespolizeilichen Prüfung der Bahnlinie Halle-Schönnewitz war von verschiedenen Seiten, namentlich aber von letzterer Gemeinde und dem Landrat des Saalkreises, der Wunsch ausgesprochen worden, die Linie nicht plangemäß am Anfang des Dorfes kurz hinter dem Kilometerstein 4,8 enden zu lassen, sondern um etwa 800 Meter bis zu dem Punkte zu verlängern, wo von der Delitzscher Straße die Kreischaussee nach Reideburg abzweigt und der Dorfgasthof zur Linde belegen ist. Bei näherer Erwägung hat sich ergeben, daß die Erfüllung dieses Wunsches nicht nur im Verkehrsinteresse, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse der Bahn liegt. Auch in finanzieller Beziehung erschien die Linienverlängerung deshalb unbedenklich, weil sie nach den gemachten Feststellungen keine Vermehrung der Wagen und des Personals erfordert, die durch den Gleisbau bedingten Kosten von 18 000 Mk. aber überreich durch die Ersparnisse gedeckt werden, die nach dem Ergebnis der bisherigen Ausschreibungen an der unter dem 25. November 1912 bewilligten Bausumme von 400 000 Mk. gemacht werden.

Stadtv. Döhler fragt an, wie es käme, daß die Schienen auf der Straße nach Schönnewitz teilweise schon gelegt, die Arbeiten aber eingestellt wären. Die Bahn müsse doch zum Frühjahr in Betrieb gesetzt werden.

Bürgermeister v. Holly: Es handelt sich um eine Strecke von 400 Meter, die neu gepflastert worden ist und wobei die Schienen sofort gelegt wurden. Mehr Schienen als für dieses Stück sind jetzt nicht zu erhalten gewesen. Aber bis 1. Mai sei die Linie betriebsfertig.

Gründung einer Beamtenstelle abgelehnt!

Vom Magistrat wurde die Neuschaffung einer Ingenieurstelle mit Beamteneigenschaft beim Tiefbauamte zum 1. April 1914 mit 3600 Mk. Anfangsgehalt beantragt. Wie der Referent, Stadtv. Grabehand ausführte, soll er eine besondere Funktion betonnen, die Leitung der Brückenbauten will man ihm übertragen.

Genosse Emmer äußert Bedenken gegen die Schaffung einer neuen Stelle allein zu den Brückenbauten. Die Kanalisation sei bald fertig, so daß die Brückenbauarbeiten von den jetzigen Beamten des Tiefbaues mit erledigt werden können. Man solle die Vorlage ablehnen.

Stadtv. Hüllemann schließt sich diesen Ausführungen an; eventuell solle man den Ingenieur auf Zeit anstellen. Auch ohne besonderen Brückenbauer sind die Brückenbauten der Stadt bisher ganz gut gelungen.

Stadtbaurat Lammers: Mit fremden Herren ist uns nicht gedient. Wir haben reichlich Arbeit für eine besondere Kraft. Es sind nicht nur neue Brücken zu bauen und bestehende zu reparieren, sondern es muß auch in der Königstraße ein Tunnel für die Kanalisation geschaffen werden und anderes mehr.

Stadtv. Dr. Herzau: Ich war im Etatsausschuß gegen die Erlassung der Stelle, weil da mehr als ein Dutzend neue Beamtenstellen beschlossen werden sollten. Ich ziehe jedoch meinen Widerspruch zurück, nachdem ich die heutigen Ausführungen des Stadtbaurats gehört habe.

Stadtv. Hüllemann: Auch ich habe aus einer irrtümlichen Auffassung heraus widersprochen und ziehe meine Ablehnung zurück.

Nachdem ein Vertagungsantrag abgelehnt worden war, wird der Magistratsantrag mit 25 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Die neue Petition der Gemeindearbeiter.

Referent Stadtv. Michel: Den Petenten kommt es zuerst darauf an, ihren Wunsch nach Erlassung von Arbeiterausschüssen erfüllt zu sehen. Der Magistrat erklärte bisher, daß er der Petition nicht beitreten könne. Trotzdem hat der Petitionsausschuß wiederum beschlossen, Ueberweisung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Auf Einzelheiten sollten wir uns nicht einlassen. Aber die Arbeiterausschüsse sind dringend notwendig. 54 deutsche Städte haben sie eingeführt, bei der Post, Eisenbahn und auf den Reichswerften bestehen sie mit dem allerbesten Erfolg. Vom Magistrat haben wir eine eingehende Begründung nicht gehört. Es wird aber stets gesagt, die Kuratorien seien dagegen aus der Furcht heraus, sie blieben nicht Herr im eignen Haus. nach Einführung der Arbeiterausschüsse. Ich bin überzeugt, die Kuratorien werden durch die Arbeiterausschüsse mit ihrem Personal viel besser fertig werden. Gewisse Ungleichheiten im Lohn und der Arbeitszeit müßten freilich beseitigt werden. Wie kommt es z. B., daß im Gaswerk früher für die Achtstundenschicht 4,40 Mk. gezahlt wurden, jetzt für die Zwölfstundenschicht nur 30 Pf. mehr, 4,70 Mk.? Wir müssen den sozialen Zug unserer Zeit respektieren und den städtischen Arbeitern eine Beschwerdeinstanz schaffen. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit!

Oberbürgermeister Dr. Rive: Recht wesentlich scheint mir das Verlangen der Petition nach schleunigster Bereitstellung von Mitteln zu sein. Aber darüber werden wir uns heute nicht einigen können. Entgegen dem Referenten bin ich nicht der Ansicht, daß wir in Zukunft von Petitionen befreit sein werden, wenn wir Arbeiterausschüsse haben. Es werden solange Forderungen gestellt werden, solange nicht der letzte Wunsch erfüllt ist. Die Klage des Referenten über die Kuratorien ist berechtigt; diese wollen nicht der Gründung von Arbeiterausschüssen zustimmen. Sie zwangsweise einzuführen, muß der Magistrat aber ablehnen. Das frühere Verhältnis hat sich nicht geändert. Auf meine Anregung hin ist kürzlich ein besonders Arbeiterdezernat geschaffen worden, das auf eine einheitliche Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter hinarbeiten soll. Vielleicht bietet diese Dienststelle auch den Weg zu Erlassung der Arbeiterausschüsse. Meine Meinung über diese Institution ist: Man kann darüber streiten, ob sie Nutzen bringen. Aber man kann nicht darüber streiten, ob sie ganz unschädlich sind. Es kommt ganz auf die Menschen an, die in die Ausschüsse hineinberufen werden. Was wird z. B. aus dem Ausschuß, wenn der Direktor nicht nachgehen will?! Wenn sich aber beide Parteien entgegenkommen, wenn sie sich verstehen wollen, **dann können die Ausschüsse gewiß gutes stiften.** So geht es auch mit den Lohnskalen. Aber die Entscheidung ist nicht so leicht. Man könnte gewiß in anderer Richtung schon etwas tun. Die Beschwerde der städtischen Arbeiter, daß an Feiertagen nicht gearbeitet und deshalb auch kein Lohn gezahlt würde, ist berechtigt. **Das heißt, dem Arbeiter die Festesfreude verderben.** Hier besteht ohne Schwierigkeiten die Möglichkeit, den Arbeitern schon diesen Weihnachten entgegenzukommen. Das kostet freilich Geld, und ich weiß, daß Sie manchmal für eine Sache waren, **sobald sie aber Geld kostete, sich von ihr abgekehrt haben.** Es läßt sich auch reden über eine Familienzulage, wie sie von Düsseldorf, Frankfurt a. M. und anderen Städten eingeführt worden ist. Man könnte sie vielleicht als Wohnungszulage betrachten. Die Zulage wird an kinderreiche Familien und unter der Bedingung gewährt, daß sie eine bessere Wohnung mieten. So könnte man auch dem Wohnungselend ein wenig steuern. Das habe ich getan; das andere liegt auf Ihrer Seite. Ich habe die Hoffnung, daß wir auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bald Erfreuliches leisten.

Stadtrat Greßler: Im Gaswerk werden die Retorten auf zwei Arten gefüllt. Die eine erfordert größte Körperanstrengung, deshalb wird bei ihr nur acht Stunden gearbeitet. In der Zwölfstunden-Schicht wird sehr leichte Arbeit verrichtet.

Der Vorsitzende: Wegen der Zahlung der Löhne für diese Weihnachten und Neujahr könnten wir vielleicht einen provisorischen Beschluß fassen. (Allgemeine Zustimmung.)

Stadtv. Borges: Aus Enthusiasmus allein können wir so weitgehenden Forderungen nicht zustimmen. Uns fehlt die Gegeninstanz, ein sozialer Ausschuß, dessen Einsetzung ich beantragen werde.

Oberbürgermeister Dr. Rive erinnert daran, daß er schon 1906 bei der allgemeinen Reform des Ausschußwesens einen sozialen Ausschuß vorgesehen hatte. Alles andere wurde — nach langen Kämpfen zwar — genehmigt, nur der soziale Ausschuß nicht.

Genosse Osterburg: Seit fünf Jahren verhandeln wir über die Petition der städtischen Arbeiter mit dem gleichen negativen Resultat. Teilweise werden die Forderungen hier angenommen; **ihre Durchführung scheitert aber an dem Widerstand der Kuratorien und Deputationen.** Auch heute beantragt der Petitionsausschuß wieder nur halbe Arbeit. Man sollte doch gleich ganze Arbeit machen und die gesamte Eingabe dem Magistrat und den Deputationen zur Berücksichtigung empfehlen. Der Referent traut den Arbeiterausschüssen doch zu viel zu. Es ist nicht wahr, daß mit ihrer Hilfe alles erledigt werden kann. Seit Jahren bestehen nun die Arbeiterausschüsse für die Bergbauunternehmungen und die Staatsbetriebe und man kann ihnen nur nachsagen, daß sie **Nützliches geleistet** haben. Es mag darin sitzen, wer will; die Hauptsache ist, daß er das Vertrauen der städtischen Arbeiter besitzt, und daß ein Vorsitzender vorhanden ist, der die Gegensätze der Kontrahenten auszugleichen versteht. Weiter möchte ich aber auch für die **Einführung von Wochenlöhnen und Lohnskalen** eintreten. In den Kuratorien sitzen auch Stadträte, die oft gegen eine Sache sind und ihre Ablehnung herbeiführen, so daß von einer Schuld auf seiten der Stadtverordneten nicht die Rede sein kann. Zwei Seelen in einer Brust zu haben, hier so, dort anders zu stimmen, um das fertig zu bringen, muß man schon ein recht eigenartiger Charakter sein, wenn man sich dann noch immer für befähigt hält, im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen. Führen wir doch einfach Wochenlöhne ein, dann ist auch die Feiertagszahlung geregelt. Heute entstehen sehr oft Ungerechtigkeiten, z. B. gegenüber den Außenarbeitern, wenn es schlechtes Wetter ist und nicht gearbeitet werden kann. Wie mir mitgeteilt wurde, hat übrigens die Lohn„regulierung" auf dem Beesener Wasserwerk böses Blut gemacht. In einem Brief wird gesagt:

> Es wurde wöchentlich am 1. April d. J. eine Lohnsteigerung für alle Arbeiter von einem Pfennig pro Stunde und Jahr eingeführt. Damit wir aber nicht zu gut abschneiden sollten, führte man für uns Schichtlohn ein und bekamen dann die Schicht, 10 Stunden gerechnet, 4,10 Mk. pro Schicht. Da wir aber 12 Stunden pro Schicht arbeiten, indem wir keine Ablösung während der Pausen haben, **so sind wir nicht besser gestellt, sondern viel schlechter wie vorher.** Wir bekommen nun nicht 41 Pf. pro Stunde, sondern nur 34. Wenn wir nun einmal eine Stunde fehlen, so wird uns einfach neun Zehntel Stunde geschrieben, namentlich Sonntags, wo wir von mittags 12 Uhr bis Montags früh 6 Uhr ununterbrochen im Dienste sind, bekommen wir einfach 1½ Schichten, statt zwei Schichten.

So geht's den städtischen Arbeitern: ihre Lohnzulage wird einfach durch verlängerte Arbeitszeit wett gemacht. Dadurch wird aber **große Erbitterung geschaffen und nicht etwa die Arbeitsfreudigkeit gefördert.** Wie den Beamten kann man auch den Arbeitern ihren zukünftigen Lohn sicher stellen durch Lohnskalen. Man könnte weiter die Arbeiterausschüsse ins Leben rufen; über sie einen Generalausschuß einsetzen und einem Anfangslohn Gültigkeit verschaffen. Die Schuld lag bisher an den Verhältnissen zwischen dem Kuratorium und dem Stadtverordnetenkollegium. Wenn wir glauben, es sitzen nicht die rechten Männer in den Ausschüssen, **so wählen wir einfach andere hinein.** Ich beantrage deshalb, die ganze Petition zur Berücksichtigung an den Magistrat zu überweisen. Nur so sehen die Arbeiter, daß wir **wirklich gesonnen sind, ihnen zu helfen.** (Beifall.)

Stadtv. Kühme: Wir befinden uns in einer sonderbaren Lage. Sonst wird immer eingeführt, was von beiden Körperschaften übereinstimmend beschlossen werden. Und in dem Falle der Arbeiterausschüsse sollte das nicht möglich sein? Wo sind die Dezernenten; sie sollten einmal einen gelinden Druck auf die Ausschußmitglieder ausüben. Alle gewerblichen Werke der Stadt haben zwischen 100 und 200 Arbeiter; es trifft also nicht zu, was man öfter hörte, es wären nicht Arbeiter genug. Es hängt alles von den Direktoren ab; die meinen wahrscheinlich aus Respekt vor Mehrarbeit: Bleibt uns vom Leibe. Aber vielleicht erweichen sich nach dieser Debatte die steinernen Herzen. Redner stellt einen Antrag auf Zahlung des Lohnes für die Weihnachts- und Neujahrstage an die städtischen Arbeiter.

Stadtv. Schulze: Erst forderte die Sozialdemokratie Wochenlöhne, dann Stundenlöhne nach Leistung und nun wieder Wochenlöhne.

Stadtv. Reuß: Die Kuratorien sind doch nicht allein das Karnickel.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Wie erklärt sich aber da die Tatsache, daß alle Kuratorien die Bildung von Arbeiterausschüssen ablehnen? Bitte, Herr Reuß, mir das zu erklären. Im Elektrizitätswerk sind zwei Magistratsmitglieder neben sechs Stadtverordneten!

Stadtv. Helmecke verbreitet sich über das Wirken der Arbeiterausschüsse und empfiehlt die Annahme des Antrages Osterburg.

Stadtv. Probst: Die Zahl der Beschäftigten ist zu gering.

Genosse Osterburg: Die Frage „Wer ist das Karnickel?" ist leicht zu beantworten. Auf den Stadtrat kommt es in erster Linie an. Wenn der die Stadtverordneten des Kuratoriums richtig belehrt, dann ist die Annahme einer Sache sicher! Das Gegenteil muß natürlich eintreten, wenn der Dezernent die Meinung der Herren vertritt, die Stimmung dagegen machen. Wenn Herr Schulze glaubt, sich darüber wundern zu müssen, daß die Forderungen der Arbeiter eine Aenderung erfahren haben, so muß ich ihm entgegnen, daß das durch die Aenderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt bedingt wurde. Als das Kleinmeistertum noch ausschlaggebend war, gab es meist niedrige Wochenlöhne bei freier Kost und Logis. Dann wurden Stundenlöhne angestrebt, um eine bessere Bezahlung herbeizuführen und nun hält man die Wochenlöhne für das Zweckmäßigste.

Der Oberbürgermeister: Das Elektrizitätswerk beschäftigt fast hundert Arbeiter, während sich die Einrichtung von Arbeiterausschüssen schon bei 30 bis 50 Mann empfiehlt. Ich weiß nicht, ob Sie die Rolle gespielt haben, die Herr Osterburg Ihnen zugewiesen hat. Ich selbst bin Mitglied eines Kuratoriums und habe mir die größte Mühe gegeben, bin aber nicht durchgedrungen. (Heiterkeit).

Stadtv. Schrader: Das ganze muß einen festeren Rahmen bekommen. Wir brauchen eine Deputation für Arbeiterangelegenheiten.

Der Oberbürgermeister widerspricht. Eine Deputation wäre kein Instrument der Stadtverordneten, sondern dem Magistrat unterstellt.

Stadtv. Dr. Herzau: Aus der Stellung der Deputationen kann man auch nicht auf die Stellung der Stadtverordneten schließen.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Wir haben Kuratorien mit fünfzehn Mitgliedern.

Stadtv. Zell: Nach wie vor müssen wir das Hauptgewicht der Entscheidungen in den Kuratorien lassen. **Der Bergbau hat mit den Arbeiterausschüssen seit Jahren gute Erfahrungen gemacht.** Ihr Wirken wird erst gefährlich, wenn eine Einigung nicht zustande kommt und sich die sozialdemokratische Partei der Sache bemächtigt. (Widerspruch bei den Soz.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0005

Die Rednerliste ist erschöpft. Im Schlußwort betont der Referent Stadtv. Michel noch einmal, seiner Meinung nach legten die Petenten das Hauptgewicht auf die Arbeiterausschüsse.

Es wird zur

Abstimmung

geschritten. Für den Antrag Osterburg, Ueberweisung der ganzen Petition an den Magistrat zur Berücksichtigung, erheben sich außer den drei Sozialdemokraten nur die Bürgerlichen Borges, Helmecke und Schaarschmidt. Er ist also abgelehnt. Der Antrag des Petitionsausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen. Einstimmige Annahme findet der Antrag auf Zahlung der Löhne für die Weihnachts- und Neujahrstage; der Antrag auf Gründung eines sozialen Ausschusses wird mit 26 gegen 13 Stimmen angenommen.

Um den Ersatz von Straßenausbaukosten

petitionierte der Konditor Dietze, Burgstraße. Er soll zu den Kosten der neuen Straße in das Saaletal hinab nicht weniger als 12000 Mark Anliegerbeiträge zahlen. Der Referent des Petitionsausschusses, Stadtv. Herzfeldt, empfiehlt mit Rücksicht auf den schwebenden Rechtsstreit Uebergang zur Tagesordnung.

Genosse Emmer: Ungeachtet der Rechtsfrage sollten wir eine andere Entscheidung treffen. Wenn Dietze die 12000 Mk. zahlen muß, wird er bankerott gemacht. Er ist unschuldig und hat außerdem noch Schaden dadurch, daß durch die Höherlegung der Straße bisher zu Wohnzwecken benutzte Räume wertlos gemacht wurden. Wir sollten nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern die Petition dem Magistrat als Material überweisen.

Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Uebernahme des Zoologischen Gartens.

Es liegen dazu folgende Anträge des Magistrats vor: I. Magistrat tritt dem Beschlusse der Deputation für den Zoologischen Garten vom 3. November 1913 bei. Demgemäß soll a) das gesamte Vermögen der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten mit Ausnahme des Aktienkapitals zum 30. Dezember 1913 unter den Bedingungen des vorliegenden Vertragsentwurfs übernommen werden; b) der Aktiengesellschaft bis zum Tage der Uebernahme zur Bestreitung ihrer laufenden Ausgaben ein Kredit bis zu 5000 Mark bei der Stadthauptkasse eingeräumt werden. Die Krediteröffnung geschieht unter der Bedingung, daß die gezahlten Beträge, falls die Uebernahme aus irgend einem Grunde nicht zustande kommt, von der Gesellschaft zurückzuzahlen sind. II. Urschriftlich mit 9 Anlagen der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Antrage übersandt, „dem Abschlusse des Uebernahme-Vertrages zuzustimmen und der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten bis zum 30. Dezember 1913 (nach dem Antrage des Etatsausschusses übertragbar auch auf das folgende Jahr) nach Maßgabe des vorstehenden Beschlusses zu Ib Kredit zu gewähren."

Die Referenten Schrader und Steinbrück befürworten die Annahme.

Genosse Emmer begrüßt die Vorlage und bedauert, daß im vorigen Jahre nicht gleich diese ganze Arbeit gemacht worden ist. Am bedauerlichsten sei allerdings, daß ein hiesiges Bankhaus der Aktiengesellschaft neuerdings auch noch den Kredit abgeschnitten habe. Die stärksten Frequenzziffern wurden erreicht an den Sonntagen, wo die Gewerkschaften den Garten besuchten, Sache des Kuratoriums wird es sein, die Masse des Volkes für den Besuch zu interessieren.

Die Anträge werden darauf angenommen.

Geschlossene Sitzung.

Es wurde beschlossen, die Sekretärstelle im Zentralbureau in eine Obersekretärstelle umzuwandeln und die Inspektorstelle des Alters- und Pflegeheims in die Besoldungsklasse der Obersekretäre einzureihen. Begründet wurden diese Magistratsvorlagen mit der größeren Verantwortlichkeit und Arbeitslast, die in letzter Zeit diesen Aemtern zuteil geworden ist. — In den Vorstand der Haßenger-Stiftung wurden auf eine dreijährige Dauer die Stadtverordneten Kallmeyer, Plautsch und Giese gewählt. — Als Magistratsbureauassistent und als Bureaugehilfe angestellt wurden der Diätar Willi Nilius und der Bewerber Albert Salomon. — Ueber die Petition des bisherigen Arbeitsnachweisverwalters Max Müller, im Falle der Uebernahme des Volkswohlarbeitsnachweises in städtische Verwaltung ihm eine Pension zu bewilligen, geht die Versammlung zur Tagesordnung über. — In die Ersatzkommission wird an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Albert Höder Herr Somburg gewählt. — Zum Schlusse wählt das Kollegium in das Kuratorium der Brumhard-Stiftung Frau Kommerzienrat Lehmann und Herrn Stadtschulrat Brendel.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 9. Dezember 1913.

Protest gegen das Säbel-Regiment!

Der Skandal von Zabern und seine Behandlung im Reichstage hat das Volk in lebhaftester Proteststimmung versetzt. Das bewies auch der Verlauf der gestrigen Demonstration unserer Hallischen Arbeiterschaft. Sie nahm einen imposanten Verlauf. Schon vor 8 Uhr setzte der Zug zum Volkspark so lebhaft ein, daß der große Saal und die weiten Galerien bereits eine halbe Stunde später vollbesetzt waren und sich Absperrung, sowie die Arrangierung einer zweiten Versammlung in den unteren Räumen des Lokals nötig machte. Unter den Besuchern sah man auch viele Frauen. Gegen ¾9 Uhr bestieg unser Reichstagsabgeordneter Kunert die Tribüne; mit stürmischem Handeklatschen begrüßte ihn die Menge. Und diese Stimmung hielt nicht nur an, sondern erfuhr noch eine Steigerung, als der Redner die Eindrücke der bewegten Debatten im Reichstag um den Fall Zabern schilderte, wobei er das militaristische System der Anmaßung mit treffender Kritik geißelte.

Kunert führte in seiner von fortgesetzten Zustimmungskundgebungen getragenen Rede aus: Wer die Geschichte des deutschen Parlamentarismus und insbesondere die des Reichstags kenne, der wisse, daß Dinge wie wir sie in der vorigen Woche erlebt haben, selten in der krassen Weise in Erscheinung traten! Gelegentlich des Zollwuchers im Jahre 1902, bei Deimlings Auftreten im Jahre 1906 und 1908, bei den Novemberdebatten um das persönliche Regiment, kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Alle diese Dinge stehen aber außer Vergleich mit den tollen Ereignissen, die wir jetzt erlebt haben. Die dagegen ins Feld geführte Verteidigung der Regierung war unter aller Kanone; sie war so, wie sie das Volk verdient hat. Skandalös waren die Vorgänge, die sich früher in der Ostmark bei den Enteignungen, den provokatorischen Behandlungen der polnischen Rekruten abspielten. Was sich da aber in Zabern zutrug, das überbot alles. Die Bürger von Zabern waren keine Revoluzzer, sondern philisträse, friedliebende Menschen. Früher, als der Schuster Voigt und der Zahlmeister Wolter auftraten, da lachte man. Jetzt sei allen das Lachen vor Zorn vergangen. Man müßte sich eigentlich schämen, über solche Helden, wie v. Forstner, zu sprechen. Hinter diesem kleinen Leutnant, stehen aber breitschultrige Personen, v. Reutter, Deimling, die ihn stützen und halten. Was jüngst in Zabern passiert ist, kann morgen anderwärts passieren. Es sind dort nicht bloß Uebertretungen und Vergehen, sondern Freiheitsberaubungen, Haus- und Landfriedensbrüche, Verbrechen, Verfassungsverletzungen, ja Anstiftung zum Mord und sogar Hochverrat vorgekommen. (Stürmischer Beifall.) Die Taten in Zabern wirkten wie ein elektrischer Schlag, nicht bloß auf die dortige Bürgerschaft, sondern auf die Bevölkerung des ganzen Reiches. Und was tat die Regierung? Bethmann hat kapituliert vor dem Geßlerhut! (Sehr richtig) Des Königs Rock müsse respektiert werden, meinte er. Soll jemand, der angeblich „des Königs Rock" trägt und darin Verbrechen begeht, auch respektiert werden? (Zurufe: Nein, nein!) Und wer ist es denn, der des Königs Rock bezahlt? Ist das nicht das Volk? (Stürmische Zustimmungsrufe.)

In scharf pointierter Form beleuchtete Redner dann kurz und bündig das persönliche Regiment, das von Bethmann vertreten wurde und im Reichstag eine zerschmetternde Niederlage erlitt. Und bei allen den Taten, die begangen, beschönigt und verteidigt wurden; soll immer noch der Leitspruch gelten: „Jedem das Seine." Und das alles geschah, nachdem man eine große Militärvorlage bewilligt hatte!

Was wird nun geschehen? Leute, wie Bethmann und Falkenhayn müßten längst gegangen worden sein; mit solchen Personen dürften Parlamentarier überhaupt nicht mehr verkehren. (Rufe: Jagt sie doch hinaus! Stürmische Zustimmung.) Dem Absolutismus müßten Zügel und Kandaren angelegt werden. Aber morgen wird Bethmann wieder im Reichstage sitzen, und die Sozialdemokratie wird allein kämpfen müssen. Das ist keine Schande für die Sozialdemokratie, sondern eine Ehre für die Partei, die konsequent kämpft und es mit dem Volke ehrlich meint. Die bürgerlichen Oppositionsparteien werden, wie schon früher, versagen. Innerlich hat die Sozialdemokratie den Feind überwunden. Die Sozialdemokratie wird aber auch äußerlich vorwärts schreiten. Es kommt die Götterdämmerung und dann werden wir den Tag des Triumphes über unsere Gegner erleben. Der Redner schloß unter stürmischem, kaum endenwollendem Beifall mit den Worten Freiligraths:

Die Adler flieh'n, die Löwen flieh'n
Die Klauen und die Zähne.
Und seine Zukunft baut sich selbst
Das Volk, das souveräne.

Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, schritt man zur Abstimmung über die folgende

Protest-Resolution:

Die Versammlung brandmarkt die unerhörten Uebergriffe des militärischen Absolutismus.

Sie konstatiert mit Entrüstung, daß der Reichskanzler, statt Recht und Gesetz zu wahren, sich willenlos der militärischen Diktatur gebeugt hat und erklärt das Auftreten des Kriegsministers für eine unerträgliche Provokation des deutschen Volkes. Sie erachtet die vom Reichstag erzwungenen verspäteten Maßnahmen zur Sühne der militärischen Gesetzlosigkeit für völlig ungenügend und fordert vom Reichstag die Schaffung verfassungsmäßiger Garantien gegen die Selbstherrlichkeit des Offizierkorps und die Unverantwortlichkeit der oberiten Kommandogewalt.

Sie fordert den Reichstag auf, mit unbeugsamer Entschlossenheit auf den Konsequenzen seines Mißtrauensvotums zu bestehen und von allen Mitteln und insbesondere von dem der Budgetverweigerung Gebrauch zu machen, um den Rücktritt des Reichskanzlers und des Kriegsministers durchzusetzen. — Die Versammelten protestieren gegen die Beschönigungen, die der Reichskanzler und der Kriegsminister im Reichstag den von Offizieren in Zabern verübten Vergehen und Verbrechen haben zuteil werden lassen. Sie verlangen eine unparteiische Untersuchung und die strengste Bestrafung der schuldigen Offiziere, die sich seiger Beleidigungen ihrer Untergebenen, der Anstiftung zum Mordes sowie des Landfriedensbruches und Hochverrrat gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben. Die Vorgänge sind eine Folge des herrschenden Militärsystems. Dies zu bekämpfen und die Armee zu einem wirklichen Volksheer zu gestalten, muß das Bestreben des Volkes sein. Die Massen müssen mehr wie je über die Notwendigkeit des sozialdemokratischen Zieles und darüber aufgeklärt werden, daß ohne Drängen nach diesem Ziel die Gefahr absoluter Militärwillkür an Stelle von Gesetz und Recht immer drohender wird."

Sie wurde einstimmig angenommen. Nach einem anfeuernden Schlußworte des Versammlungsleiters Genossen Frommhold, der zur Organisation in Partei und Gewerkschaft und zur Verbreitung der Parteipresse aufforderte, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die zweite Versammlung

fand in den unteren Räumen statt, die recht gut besetzt und später voll gefüllt waren. Genosse Hennig hielt hier den Vortrag, der besonders die tiefere Bedeutung der Vorgänge aufzeigte. Diese Machtkämpfe zwischen Militärdiktatur und Verfassungsrechten und zwischen Volksvertretung und persönlichem Regiment werden letzten Endes nur die Sozialdemokratie als Zusammenfassung des ganzen arbeitenden Volkes siegreich für Fortschritt und Kultur durchfechten. Erst ein demokratisches Volksheer und eine demokratische Republik werden die heutigen Schmachzustände für immer unmöglich machen und das gesamte Volk auf die höchste Stufe der Freiheit und Kultur erheben. Dafür aber gelte es zu rüsten und zu kämpfen, denn nur die eigene Kraft der Volksmassen kann die Erlösung herbeiführen. (Großer Beifall.)

Ein kurzes Schlußwort des Vorsitzenden Gen. Jänicke und die einstimmige Annahme der Protestresolution beendeten die stimmungsvoll verlaufene Versammlung.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

macht sich wieder mausig. Er warf vor kurzem gleich eine ganze Serie von schmutzigen Flugblättern heraus. Die berühmte „Villa Bebel" wird wieder einmal erbaut. Nachdem der Reichsverband mit der Ungeniertheit der berühmten Bruhnschen „Wahrheit" seine Nase in die persönlichsten Verhältnisse Bebels gesteckt, tut er Bebel einfach ab mit der Behauptung, die sozialdemokratische Lehre sei zusammengebrochen, weil Bebel nicht seinen ganzen Nachlaß der Partei vermacht hat. Bebel hat bekanntlich eine Tochter, deren Mann vor etwa einem Jahre gestorben ist und seine Familie, Frau und Kind unversorgt hinterließ. Der Reichsverband rechnet aus, daß Bebel diesen 147000 Mk. vermacht habe. Wir wären neugierig, zu hören, was der Reichsverband sagen würde, wenn Bebel seine natürlichen Erben in Not hätte sitzen lassen und sein ganzes Geld der Partei vermacht hätte. Wer die Flugblätter liest, kann sich ungefähr einen Begriff davon machen, was der Reichsverband dann geschrieben hätte.

Ein weiteres Flugblatt richtet sich „an die deutschen Frauen". Da wird zunächst über die Genossin Rosa Luxemburg mächtig geschimpft. Unsere Freundin, diese kühne, zielklare Revolutionärin, würde es uns übelnehmen, wollten wir sie gegen den Reichsverband in Schutz nehmen. Ihr Leben und ihre Arbeit liegt so rein und klar vor uns, daß der Reichsverband sich selbst richtet, wenn er gegen sie losgeht. Und wieder beschäftigt sich das Flugblatt mit Bebel. Dieser sittenstrenge Mann, an dem bisher auch niemand einen sittlichen Makel entdecken konnte, soll Bielweiberei und ähnliches in seinem berühmten Buch gepredigt haben. Bebels Buch Die Frau ist gewiß angefeindet worden, aber wenn sogar Geistliche aller Richtungen dem Buche das Zeugnis ausgestellt haben, daß es das reinste Buch sei, das über die Frauenfrage geschrieben worden ist, dann dürfte die Schmähung Bebels doch wohl nirgends auf fruchtbaren Boden fallen.

Ein weiteres Flugblatt Kampf — nicht Abwehr enthält nichts als eine Pauke des jungen Grafen v. Kardorff im preußischen Dreiklassenhaus. Was ein Graf Kardorff redet, darüber brauchen keine Worte verloren zu werden. Daß dieses reiche Junkergeschlecht sich vor der Sozialdemokratie bedroht sieht und mörderisch schreit, freut uns ungeheuer. Es folgt Sozialdemokratische Brüderlichkeit. Darin werden nach dem Rezept Burgemeister Spähne aus den Parteikämpfen in Württemberg aufgelesen, in Reichsverbandsmanier zurechtgestutzt, Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und mit entsprechenden Redensarten drapiert. Da kommt z. B. ein Ueberläufer zu Wort, den in der Partei kein Mensch kennt und der im arbeiterfeindlichsten Blatt Württembergs Krokodilstränen vergießt. Da in der bürgerlichen Gesellschaft nur der Verrat, nicht aber der Verräter geliebt wird, kann man sich denken, was der Mann, um Wiederaufnahme in honetten Kreisen zu finden, alles zusammenschreibt. Dann folgt schließlich in der Flugblattserie ein alter Schmöker, nämlich Der Segen der deutschen Arbeiterversicherung. Auf dieses Blatt braucht nur hingewiesen zu werden. Jeder, der mit der gepriesenen Einrichtung als Unfallverletzter, Invalidenrentner usw. Bekanntschaft gemacht hat, gibt die Antwort selber.

Unsere Parteigenossen sehen, daß selbst in der Zeit der Volksaushungerung und der schweren Wirtschaftskrise der Reichsverband es wagt, die Massen mit Zeug zu traktieren, das in grellem Gegensatz zur Wirklichkeit steht. Dieser Arbeit gegenüber ist es heilige Pflicht, jede Faser einzusetzen für die Partei.

Jede politische Meinung kann man achten, die Reichsverbandsleute aber haben keine Meinung. Sie nehmen nicht Stellung zu den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen unseres Volkslebens, sondern sie sammeln Geld bei den Unternehmertum und besolden ein Heer von Menschen, unter denen sich moralisch sehr fragwürdige Gestalten befinden, die für schöne Gehälter und hübsche Provision solches Zeug verbrechen, wie es in jenen Flugblättern niedergelegt ist. Nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Wirkung kommt es ihnen an!

---

* **Gleichlegung der Ferien.** Wiederholt ist von uns die Gleichlegung und einheitliche Bemessung der Schulferien der Volksschulen mit den höheren Lehranstalten verlangt worden. Jetzt hat der preußische Kultusminister dieser berechtigten Forderung durch Erlaß einer neuen Ferienordnung Rechnung getragen. Die Ferienordnung, welche schon mit den nächsten Osterferien (April k. Js.) in Kraft treten soll, bestimmt im einzelnen folgendes: In den Volks-, mittleren und höheren Schulen (einschl. der Lehrerbildungsanstalten) wird die Gesamtdauer der Ferien im Jahre 80 Tage betragen (wobei natürlich die in die Ferien fallenden Sonn- und Feiertage mitgerechnet sind). Der Schulunterricht fällt außerdem, wie bisher, an den anerkannten Festtagen fort; sonstige schulfreie Tage sind im allgemeinen auf die Ferien anzurechnen, in besonderen Fällen entscheidet darüber die Schulaufsichtsbehörde. Für alle Orte, an denen sich höhere Schulen, Seminare usw. befinden, hat der Oberpräsident die Lage der Dauer der einzelnen Ferienabschnitte für die ganze Provinz einheitlich festzusetzen; der auf einen Sonn- oder Feiertag folgende Wochentag soll dabei vom Unterricht freibleiben; für die übrigen Orte regelt die zuständige Regierung die Schulferien. Die Dauer der Sommer- und Herbstferien ergibt sich durch Abzug der für Ostern, Pfingsten und Weihnachten festgesetzten Ferientage von den insgesamt gewährten 80 Ferientagen; bei ihrer Verteilung soll auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung möglicht Rücksicht genommen werden. Die Sommer- und Herbstferien können daher in ländlichen Bezirken nach wie vor verschieden geregelt werden. Sollte in Einzelfällen eine Verlängerung der Gesamtferiendauer gewünscht werden, so behält sich der Kultusminister darüber die Entscheidung vor. — Besondere Ferientage, wie Paradefeiern, Sedan, Manöver und ähnliche Ferientage scheinen bei der Festsetzung außer Anlaß zu kommen.

* **Wichtige Kammergerichts-Entscheidung.** Die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in Betrieben mit weniger als 10 Arbeitern an Sonn- und Festtagen ist strafbar. Durch den Erlaß der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1908 sind in den Kreisen von Gewerbetreibenden manche Zweifel entstanden, insbesondere darüber, ob die früher zur Gewerbeordnung erlassenen Kaiserlichen Verordnungen nach dem Inkrafttreten der Novelle noch Geltung haben oder nicht. Insbesondere bestehen Zweifel darüber, ob die Kaiserliche Verordnung von 1904 über die Ausdehnung der §§ 135—139b Gew-O. auf diejenigen Werkstätten, in denen Frauen und Kinderhüte besetzt werden, für Betriebe mit weniger als 10 Arbeitern noch Geltung hat. Diese Frage wurde in einer kürzlich vom preuß. Kammergericht ergangenen Entscheidung bejaht. Dem Prozeß lag folgender Tatbestand zugrunde: Die X. betrieb ein Putzgeschäft, in dem sie 5 Personen beschäftigte, die nach Bedarf auch in dem nach vorn gelegenen Laden den Verkauf zu besorgen hatten. Am 1. Oktober 1912 war die am 3. März 1898 geborene W. als Lehrmädchen in das Geschäft eingetreten. Sie wurde von der X. beauftragt, Sonntags von 12—2 Uhr den Verkauf im Laden zu besorgen.

Daraufhin wurde die X. von der Strafkammer des Landgerichts wegen Vergehens gegen die §§ 135, 136 Abs. 4 GewO. in Verbindung mit der Kaiserl. Verordnung vom 17. Febr. 1904 in Strafe genommen, da sie, entgegen den genannten Vorschriften, in einer Werkstatt, in denen Frauen- und Kinderhüte garniert würden, eine jugendliche Arbeiterin (14—16 Jahre) an Sonn- und Festtagen beschäftigt hatte. Gegen dieses Urteil legte die X. Revision beim Kammergericht ein, die jedoch verworfen wurde. Aus den Entscheidungsgründen sei erwähnt: Nach § 136 Abs. 4 GO. dürften jugendliche Arbeiter, also Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren, an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Zwar habe die Novelle zur Gewerbeordnung von 1908 die Arbeiterschutzvorschriften der §§ 135 bis 139aa für alle Betriebe aufgestellt, in denen in der Regel mehr als zehn Arbeiter beschäftigt würden. Die Absicht des Gesetzgebers ginge also dahin, die Verordnung von 1904 für alle Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern aufrecht zu erhalten. Unerheblich sei es auch, daß Angeklagte die W. am Sonntag nicht im Werkstattsraum, sondern im Verkaufsladen beschäftigt habe. Allerdings fänden nach § 154, 3 RGO. die §§ 133g bis 139a, also auch die §§ 135 und 136 auf diejenigen Arbeiter in Handelsgeschäften keine Anwendung, welche nicht in einem zum Handelsgeschäft gehörigen Betriebe mit der Herstellung oder Bearbeitung von Waren beschäftigt seien. Aber diese Ausnahme treffe hier nicht zu; die W. sei nicht in einem Handelsgeschäft, sondern in dem zur Werkstätte gehörigen Verkaufsraum, also im Sinne jener Verordnungen „in" einer solchen Werkstatt beschäftigt gewesen. Denn die Arbeit „in" Werkstätten in diesem Sinne umfasse nicht nur die der Herstellung des Erzeugnisses gewidmete, sondern jede dem Zweck des Werkstättenbetriebes dienende, also auch kaufmännische Tätigkeit. (Aktenzeichen: 1 S. 397/13; vgl. Gewerbearchiv Bd. 13, S. 152 ff.)

* **Stadttheater.** Heute abend zum letzten Male: Aida. Die zur Volksvorstellung, Mittwoch nachmittag 3 Uhr beginnend, bis jetzt von den Vorberechtigten noch nicht abgeholten Billetts werden morgen, Mittwoch, an der Vormittagskasse an jedermann abgegeben. Mittwoch, abends 7½ Uhr, zum letzten Male: Gavan, ein Mysterium von Eduard Stucken. Schülerkarten werden zu 1,30 Mk. ausgegeben. Donnerstag Erstaufführung: Schneewittchen und die 7 Zwerge. Das diesjährige Weihnachtsstück wird in der gleichen sorgfältigen Weise wie in den Vorjahren von Regisseur Stahlberg vorbereitet. Die Ausstattung ist eine überaus glänzende, und reizende Balletteinlagen sorgen dafür, daß der Abend auch für Erwachsene sich genußreich gestaltet. Freitag zum letzten Male, als 95. Vorstellung im 3. Viertel, Lustspielnovität: Die heitere Residenz. Sonnabend zum letzten Male: Der lachende Ehemann. In Vorbereitung für Sonntag vormittag, Matinee in französischer Sprache: Lavare von Moliere. Gastspiel des Pariser Ensembles von Direktor Roubaud. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen: Die tolle Prinzeß. Abends neu einstudiert, zum ersten Male: Die Reise um die Erde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191312 10-15/fragment/page=0006

* **Diebstähle.** In der Nacht zum Sonnabend wurde auf dem Hauptbahnhof ein Bücherautomat seines Inhalts beraubt. Durch den Einwurf eines schlechten Geldstückes war eine Störung des Mechanismus entstanden, so daß sich dem Automaten die Bücher ohne Zahlung entnehmen ließen. Diesen Umstand machten sich Diebe zunutze und entleerten den Automaten um 63 Bände Reclam's Universal-Bibliothek. Der Polizei ist es bis jetzt nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln. — In der vergangenen Nacht wurde in die Kontorräume einer in der Dessauer Straße befindlichen Firma eingebrochen. Es wurden eine Wanduhr und aus einem erbrochenen Schreibtisch die Firmenstempel entwendet. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

* **Allerlei.** Heute vormittag 11 Uhr stürzte der Schlosser Mehlig am Wettiner Platz bei der Reparatur eines Türschließers so unglücklich von einer Leiter, daß er einen linken Armbruch davontrug. Er wurde zu einem Arzt gebracht. — Der Arbeiter Thomas Mikolajczak wurde wegen Rückfalldiebstahls, begangen in Nietleben, der Arbeiter Willi D. wegen schweren Diebstahls an dem Gelde zum Nachteile seiner Wirtin, und das Dienstmädchen Marie T., die sich fälschlich als Else von Ende ausgegeben hatte, wegen Betruges festgenommen. Sie wurden sämtlich dem Gerichtsgefängnis zugeführt. — Ein ihren Eltern in Gödewitz entlaufenes 17 jähriges Mädchen wurde in der vergangenen Nacht in der Delitzscher Straße aufgegriffen und in Schutzhaft genommen.

* **Was und wie sollen wir lesen?** Auf den Vortrag und die Bücherausstellung des Vereins Studentische Unterrichskurse am morgigen Mittwoch wird nochmals empfehlend hingewiesen.

* **Achtung, Frauenchor!** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Singestunde diese Woche nicht Mittwoch, sondern Freitag stattfindet. Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird höflichst gebeten.
Der Vorstand.

Löbejün. Auf die öffentliche Protestversammlung, welche am Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Guten Quelle stattfindet und sich mit dem Säbelregiment im Reichstag befaßt, sei nochmals hingewiesen. Das Referat hierzu hat der Genosse Redakteur Koenen übernommen.

Löbejün. Die am 1. Dezember stattgefundene Vieh- und Obstbaumzählung hat für den Stadtbezirk Löbejün folgendes Resultat ergeben: Unter 490 vorhandenen Gehöften wurden 341 Gehöfte mit Viehbestand, 405 viehhaltende Haushaltungen, 269 Gehöfte und Hausgärten mit Obstbäumen, 30 Grundstücke mit Obstbäumen im freien Felde, 31 öffentliche Wege, Böschungen usw. mit Obstbäumen 132 Pferde, 304 Stück Rindvieh, 183 Schafe, 750 Schweine, 389 Ziegen, 19 687 Obstbäume gezählt.

Aus der Provinz.

Bockwitz. Was will die Volksfürsorge? Viel ist schon über die Volksfürsorge geschrieben und gesprochen worden, aber dennoch möchten wir nochmals darauf hinweisen. Das Ländchen, das fast durchweg von Arbeitern bewohnt ist, ist bekanntlich auch ein gutes Arbeitsfeld für die Lebensversicherungen, deshalb lassen die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften ihre Agenten in Scharen auf die Arbeiterschaft los, um der Volksfürsorge den Boden abzugraben. Wie die kapitalistischen Lebensversicherungen es verstehen, aus den sauer verdienten Groschen der Arbeiter riesige Gewinne zu ziehen, das beweisen die Bilanzen der letzten Jahre, die riesigen Direktorengehälter und Dividenden an die Aktionäre. Der Arbeiterschaft möchten wir deshalb noch einmal dringend ans Herz legen, allen Kapitalistenagenten die Tür zu weisen und sich nicht durch schöne Reden betören zu lassen. Sogar Arbeiter agitieren für die kapitalistischen Unternehmer und somit gegen unsere neue Einrichtung. Wer sich versichern will, der tue es nur bei der Volksfürsorge, die ihren Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreis beschafft. Die Volksfürsorge ist von den Gewerkschaften und den Genossenschaften aufgebaut und somit sind die meisten Arbeiter schon Träger der segenbringenden Einrichtung. Deshalb muß es Ehrenpflicht sein, alle anderen Versicherungen abzulehnen.

Laucha. Genossenschaftliches. Am Sonntag fand die Generalversammlung des Konsumvereins statt, welche allerdings nur mäßig besucht war; den Bericht über das zweite Betriebsjahr 1913 gab Gen. Hebestreit. Der Mitgliederbestand beträgt 116, neu eingetreten 13, ausgeschieden 10. Der Warenumsatz betrug inkl. 475 Umsatz im Lieferantengeschäft 20 335,72 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 4815,97 Mk. Wenn auch das Resultat nicht als im vollen Maße befriedigend angesehen werden kann, so muß doch anerkannt werden, daß sich auch hier der Gedanke für engeren Zusammenschluß im Genossenschaftswesen endlich Bahn gebrochen hat. Die Bilanz schließt bei 6617,56 Mk. mit einem Reingewinn von 1329,22 Mk. ab. Nach Genehmigung der Bilanz wurde der Verwaltung Decharge erteilt. Durch Niederlegung des Kassiererpostens machte sich eine Neuwahl notwendig. Gewählt wurde Gen. Knoblauch. Gen. Hebestreit gab sodann einen kurzen Ueberblick über die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und empfahl, möglichst alle Waren von dieser zu beziehen. Gen. Bilke stellte den Antrag, die Bekanntmachungen der Generalversammlungen sowie der Jahresberichte außer in der Unstrut-Zeitung auch im Volksblatt zu veröffentlichen, welcher nach lebhafter Debatte leider abgelehnt wurde. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder zu fleißigerem Einkauf anspornte, ging er noch kurz auf die Volksfürsorge ein. In die Aufsichtskommission für die Volksfürsorge wurden als Gewerkschaftler die Genossen Zeuner und Holzapfel bestimmt. Der Ueberschuß von 169,60 Mk. durch den Verkauf von Feuerungsmaterial wurde als Grundstock zu einem Baufonds überwiesen.

Quittung.

Bei der Parteikasse für Halle-Saalkreis gingen folgende Beträge ein: 2. Distrikt 30.70 Mk. — Bruckdorf 3.78 Mk. — Nietleben 10,90 Mk.
Das Sekretariat.

Soziales.

Der Kriegsplan des Leipziger Aerzteverbandes.

In gemeinsamer Sitzung tagten am Sonntag in Leipzig der Geschäftsausschuß des deutschen Aerztevereinsbundes, der Aufsichtsrat, der Baurat, der Vorstand und die Vertrauensmänner des Leipziger Verbandes, um über die Situation zu beraten, die durch das Nichtzustandekommen einer Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen geschaffen worden ist. Stundenlang wurden die Berichte aus den Bundesstaaten entgegengenommen. Sie waren natürlich mehr oder weniger scharf pointiert. So interessierte die Mitteilung sehr, daß die Kruppsche Betriebskrankenkasse sich „mit den Gewerkschaften gegen die organisierten Aerzte verbündet" habe. Ja, noch Schrecklicheres ist passiert: die Reichsregierung hat den § 370 der Reichsversicherungsordnung interpretiert. Hierzu erklärte die Tagung; daß die jüngsten Ministerialerlasse eine Verschärfung des Kampfes bewirkt haben, und daß der Regierung die Verantwortung zufällt für etwaige Gesundheitsstörungen durch die Heranziehung der Hebeammen und der anderen Personen von „hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde". Doch nicht genug mit diesem Hohn. Einstimmig wurde auch folgender Beschluß gefaßt:

„Nachdem durch den Erlaß der drei preußischen Minister vom 2. Dezember 1913 die örtlichen Aerzteorganisationen als vertragsschließende Partei ausgeschlossen werden sollen, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig versammelten Vertretungen der ärztlichen Organisationen für eine einzig richtige Antwort, nunmehr in Preußen und in allen Bundesstaaten, die den preußischen Erlaß annahmen, alle örtlichen Vertragsverhandlungen abzubrechen."

Der weitere Kriegsplan für die Zeit nach dem 1. Januar wurde nach den vorliegenden Meldungen noch wie folgt festgelegt: Der Kampf soll sich nun gegen die Kassen, nicht gegen die Versicherten richten. Mit sogenannten Streikbrechern wird ebensowenig gearbeitet wie mit Hebeammen, Krankenschwestern usw. Die Versicherten gelten als Privatpatienten, die zu den ortsüblichen Sätzen der Privatpraxis behandelt werden. Gegenüber dem „von der Reichsversicherungsordnung den Kassen gebotenen Kampfparagraph 370" sollen die Versicherungsämter gebeten werden, den Versicherten zu gestatten, daß ihre Kassenansprüche nach § 119 den Aerzten übertragen werden. Im Ablehnungsfalle soll von den Versicherten für die Krankenbehandlung ein Vorschuß gefordert werden.

Diese letztere Maßnahme ist eine Zwangsmaßregel, die nicht begründet erscheint, aber für die Versicherten außerordentlich schädigend wirken kann. Die kühne Herausforderung der Versicherten durch den Leipziger Aerzteverband wird bei den Versicherten nur eine Stimme der Entrüstung hervorrufen.

Volkswirtschaftliches.

Gute Konjunktur der — Konzentration.

Auf einem Gebiete herrscht gute Konjunktur: Auf dem der Verlängerung und Neugründung von Kartellen, Konventionen usw. Mit einem nachahmenswerten Eifer baut das Unternehmertum seine Organisationen aus; solche mit der Aufgabe, die Preise zu steigern ebenso, wie die mit Frontstellung gegen die Arbeiterschaft. Ueber die Gründung von Organisationen gegen die Konsumenten gibt die nachfolgende, auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebende Aufstellung ein Bild. Sie betrifft Verhandlungen und Gründungen aus den letzten Wochen:

Eine Verlängerung des internationalen Spiegelglas-Syndikates wurde herbeigeführt.

Das internationale Zuckersyndikat zu verlängern, gelang ebenfalls.

Die Neugründung eines Röhrensyndikates steht vor dem Abschluß.

Als gesichert zu betrachten ist die Neugründung eines rheinisch-westfälischen Zementsyndikats.

Eine Verkaufsstelle der zu einer Preisvereinigung zusammengeschlossenen Hersteller isolierter Leitungsröhren wurde gegründet.

Die Waggonbauanstalten schlossen sich zu einem Verbande zusammen.

Die „Textilkonvention" gründete ein Kartell zwecks Forderung des Organisationszwanges.

Nord- und mitteldeutsche Gießereien gründeten eine Einkaufsgesellschaft.

Die Schirmstoff-Fabrikanten gründeten eine Konvention. Weil diese Konvention sofort mit Preiserhöhung vorging, schlossen sich auch die Schirm-Großfabrikanten zusammen.

Der vorläufigen Verlängerung der atlantischen Schiffahrtspools folgt anscheinend schon bald eine Neugründung.

So rüstet das Unternehmertum. Die aufgeführten Vereinigungen bezwecken durchweg eine bessere Verwertung der hergestellten Waren oder der Arbeitsleistungen. Denselben Zwecken dienen die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft. Sie sollte an dem Eifer der Unternehmerverbände den Beweis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Zusammenschlusses erkennen.

Allerlei.

Nachwirkungen der Wackesschimpferei.

In Deutsch-Oth in Lothringen, in der Nähe der luxemburgischen Grenze, kam es zwischen einem Vizefeldwebel und einem Obersteiger zu einem blutigen Zusammenstoß. Beide hatten bei dem St. Barbara-Fest in der Trunkenheit einen Wortwechsel. Der Vizefeldwebel verließ das Lokal, worauf der Obersteiger, der sich in seiner Knappschaftsuniform befand, ihm nacheilte und auf dem Schloßplatz stellte, worauf er dem Vizefeldwebel mit seinem Säbel einige Hiebe über die Nase versetzte. Der Vizefeldwebel wurde nach dem Lazarett in Diedenhofen gebracht. Nach einer anderen Meldung soll der Obersteiger gerufen haben: „Ah, da ist auch so ein Wackes!"

Erfroren.

Das Frostwetter der letzten Tage hat bereits ein Opfer gefordert. Eine ältere Frau Heil aus Hochheim wurde am Sonntag früh in der siebenten Stunde auf einer Bank am Benaryplatz in Erfurt erfroren aufgefunden. Neben der Leiche lag eine geleerte Branntweinflasche.

Vom Vater vier Jahre eingekerkert.

Durch einen Zufall entdeckten zwei Gendarmen in der Ortschaft St. Albon des Villardo (Frankreich) in dem Keller einer Brennerei ein geheimes Verließ, in dem man ein junges Mädchen gänzlich heruntergekommen vorfand. Es war die vor vier Jahren spurlos beiseite gebrachte 26 jährige Tochter des Brennereibesitzers, der angab, daß er, um Kosten zu sparen, das Mädchen, als es 22 Jahre alt war und Spuren von Geistesgestörtheit zeigte, eingesperrt habe. Diese Angaben begegnen starkem Zweifel, da sich die Annahme geltend macht, daß der Besitzer seine Tochter deshalb beiseite gebracht hat, um sich in den Besitz einer ihr von ihrer Tante zugefallenen Erbschaft zu setzen. Die Mutter des Kindes, die keine Ahnung von der Tat ihres Gatten gehabt haben will, erlitt eine schwere Nervenstörung, als sie ihre Tochter wiedersah.

Feuer an Bord eines Dampfers.

Der drahtlosen Telegraphie ist es zu danken, daß dem Dampfer Rio Grande, der 197 Passagiere an Bord hatte, in Feuersnot Hilfe gebracht werden konnte. Es wurden Signale abgegeben, daß Feuer an Bord ausgebrochen sei. Das Schiff Swan More begab sich darauf an Ort und Stelle und traf 200 Meilen von der Küste der Vereinigten Staaten entfernt das brennende Schiff. Es gelang trotz der hochgehenden Wellen sämtliche Passagiere zu retten. Als man alle Passagiere in Sicherheit gebracht hatte, wurden die Besatzungen beider Schiffe zur Löschung des Dampfers beordert. Auch die Löschung des Brandes hatte Erfolg und der Dampfer Rio Grande konnte mit eigener Maschinenkraft den nächsten Hafen anlaufen.

Blutiger Ueberfall auf der Landstraße.

An der Lippeschen Wiese bei Dorsten überfielen gestern nachmittag drei Landstreicher ohne jeden Anhalt zwei Arbeiter, die ruhig ihres Weges gingen. Der Arbeiter Woortmann wurde durch Messerstiche und Stockschläge getötet, sein Arbeitsgefährte Breil erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Die Verbrecher flüchteten, konnten aber schließlich verhaftet werden.

Verunglückte Kinder.

In Kosel bei Oppeln sind die drei Kinder eines Ortsarmen an Kohlengasen erstickt. Die Frau konnte noch im letzten Augenblick gerettet werden.

In der Dunkelheit trat das vierjährige Töchterchen des Landwirts Mock in Effelder (Eichsfeld) in einen Topf mit kochendem Wasser und verbrühte sich schwer. Trotz ärztlicher Hilfe ist das Kind an den Brandwunden gestorben.

Liebesdrama.

Spaziergänger fanden Montag nachmittag im Zeisigwald bei Chemnitz die 16jährige Martha Krebs auf, die sich in furchtbaren Schmerzen wand. 500 Meter von ihr entfernt lag der 19 Jahre alte Kaufmann Fritz Klinger tot. Die beiden hatten sich aus Liebeskummer mit Kleesalz vergiftet. Das Mädchen wurde im hoffnungslosen Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Schweres Eisenbahnunglück.

Unweit der Station Chenée ist der Zug Lüttich-Verviers Montag abend entgleist. 30 Personen wurden verletzt; ein Passagier wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt. Der Verkehr nach Belgien und Deutschland konnte nur auf einem Gleis aufrecht erhalten werden.

Das beste Mittel gegen Influenza.

Einer unserer Mitarbeiter berichtet folgendes: Ein Freund gab mir ein Mittel, von dem er, wie er mir sagte, in den Zeitungen gelesen hätte. Es war Kephaldol, welches zu billigem Preise in jeder Apotheke erhältlich ist. Bei Erkältungen nimmt man am besten zwei oder drei Tabletten mit einem Schluck Wasser vor dem Schlafengehen und zwei weitere Tabletten des Morgens, unmittelbar nach dem Aufstehen. Bei Schmerzen ist es ratsam, zwei Tabletten auf einmal zu nehmen und alsdann stündlich eine weitere, bis Besserung eintritt. Es ist seltsam, wieviel ein derartiges Mittel zu tun vermag. Ich habe später erfahren, daß dieses Präparat ursprünglich von einem Professor eines bedeutenden Wiener Spitales verordnet wurde. Möge dem nun sein, wie ihm wolle. Nach Einnahme des Mittels war meine Erkältung bereits am nächsten Morgen vollkommen verschwunden. Jetzt halte ich dieses Präparat stets bereit, und wenn irgend jemand in meiner Familie eine Erkältung hat und Schmerzen irgendwelcher Art verspürt, sei es Rheumatismus, Nerven- oder Kopfschmerzen u. dgl., so nehmen wir sofort unsere Zuflucht zu Kephaldol-Tabletten und erzielen stets augenblickliche Besserung. *2570

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Merseburg.

Mittwoch, 10. Dezember, abends 8 Uhr in der „Kaiser-Wilhelmshalle"

Große öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Das Säbelregiment vor dem Deutschen Reichstage.

Freie Diskussion. Ref.: Parteisekretär Genosse **Hildebrandt**-Halle. **Freie Diskussion.**
*2571
Der Einberufer.

Arbeiter und Bürger Merseburgs! Es gilt, die empörenden Vorgänge in Zabern, das herausfordernde Auftreten des Kriegsministers im Reichstage, die freiwillige Unterwerfung der Zivilgewalt unter die Militärmacht zurückzuweisen und zu brandmarken.

Bitterfeld.

Donnerstag, 11. Dezember, abends 8 Uhr im „Hohenzollern"

Große Protest-Versammlung.

Tagesordnung:

Das Säbelregiment vor dem Deutschen Reichstage.

Referent: Arbeitersekretär Genosse **Mücke, Halle.** *2573

Freie Aussprache für jedermann.

Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, erwartet **Der Einberufer.**

---

15 % **Brotfabrik Karl Müller** 15 %
5234 empfiehlt ihr
kräftiges und gutes Brot.
Filialen: Gr. Brunnenstr. 65 und Olearlusstr. 4 (am Hallmarkt).
15 % Die Rabattkarten können zu jeder Zeit im Haupt-Geschäft **Friedrichstr. 32** eingelöst werden. 15 %

Makulatur
verkauft
Hallesche Genossensch.-Buchdr.

Arbeitsmarkt

Ein **Lastwagen-Chauffeur** sof. gesucht. Zu melden 5460
Harz 42/44, Hof II, Zimmer 14.

5—10 Mk. u. mehr i. Haus. tägl. z. verd. (Postk. gen.)
*2534 **Rich. Hinrichs, Hamburg 15.**

Wandkarte Mittel-Europas
Preis **50** Pfg. Nach auswärts Porto zuzüglich.
Jeder Zeitungsleser, jeder Politiker ist Käufer dieser Karte.
Größe 100×75 cm. — Zusammenlegbar.
Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Friedr. Wilh. Kolbe.
Der
Fremdenlegionär
Erlebnisse eines Deutschen in der französischen Fremdenlegion.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Anfang: 8 Uhr.
Gastspiel der einzigen, unübertrefflichen Dresdener

Viktoria-Sänger.

Die Militär-Humoreske **„Einquartierung“** der Gipfel der Situations-Komik.
„Frauenkniffe“ Beifallsstürme! Lachsalve auf Lachsalve!
Ausserdem Gastspiel des Bayrischen Naturkomikers
Hans Elliot, urkomische bayrische Soldaten-Type.
Direktor Ernst Schumann's Original-Dressur-Potpourri
mit seinen **Rasse-Pferden** und **-Hunden.** 5461

Altenburger Hof.

Morgen, Mittwoch:
Grosses Schlachtefest,
verbunden mit Solo- u. Walzerabend der beliebten **Cowboy-Kapelle Wild-West.**
Zu gefälligem Besuch ladet freundlichst ein
*2577 **Albert Kersten.**

Zu Weihnachten!

Photographie Benckert Nachfl.,

Halle (Saale), Grosse Ulrichstrasse 29,
hält sich bestens empfohlen. 5362

12 Bilder von 4.00 Mk. an.
Billige Preise. Gute Bedienung.
Bis Weihnachten gebe ich auf Wunsch ein gediegenes Geschenk zu.

Geradehalter

in allen Ausführungen für **Erwachsene** und **Kinder** von Mk. **4.50** bis **15.—.**
Geg. schlechte Körperhaltung, gewölbte u. runde Schultern; gewähr. kräft. Unterstützung des Rückens unter Zurücknahme der Schultern.
Angenehmes Tragen:
Völlige Bewegungsfreiheit!
Den ärztl. Anford. entsprechend.

E. Kertzscher, Bandagen, **unt. Leipzigerstr. 25** (nicht Ecke Poststr.)
und **Gr. Ulrichstrasse 63** (gegenüber Arnold & Troitzsch)

Beim Einkauf von Margarine

sollte jede rechnende Hausfrau im eigensten Interesse weniger auf sogenannte Gratis-Zugaben und doppelte Rabattmarken sehen, als auf

gute, frische, stets bewährte Qualitäten. 5119

Solche erhalten Sie in meinen 16 Detail-Geschäften schon

für 64 Pfg. das ganze Pfund.

Ueberzeugen Sie sich bitte durch Kostproben, welche gern verabfolgt werden.

F. H. Krause.

Gelegenheitskauf:
Pelz-Stolas alle Arten, billigst. **Kl. Ulrichstraße 15.** 4386

Mod. Plüsch-Sofas u. Chaiselongue spottbillig zu verkaufen 5288 **Gr. Steinstr. 27/28, E. Maß.**

Nachlasse v. Hall. Genossensch.-Bücher.

Billiger Weihnachts-Verkauf von

Winter-Joppen.

Um die noch übergrossen Lagerbestände zu verkleinern, jetzt zu nachstehenden, aussergewöhnlich 5463

billigen Preisen:

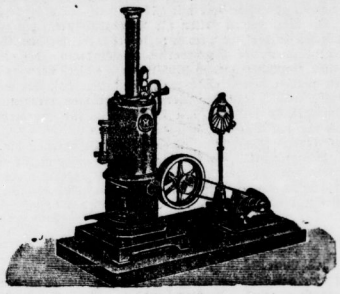
Serie I	Serie II	Serie III
Herren-Joppe 2reihig, warm gefütt. grau u. grünl. Farben jetzt nur **4.25** M.	**Herren-Joppe** 2reihig warm gefütt. grau u. grünl. Farben jetzt nur **5.50** M.	**Herren-Joppe** 2reihig, warm gefütt. grau u. grünl. Farben jetzt nur **6.75** M.
Serie IV	**Serie V**	**Serie VI**
Herren-Joppe 2reih., warm gefütt., grau, braun u. grünl. Farben nur **8.00** M.	**Herren-Joppe** 2reih., warm gefütt., grau, braun u grünl. Farben nur **10.50** M.	**Herren-Joppe** 2reihig, warm gefüttert, auch in Falt., Sport-Fasson **12.50** M.

Knaben-Rester-Joppen sehr billig!

Als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins **5%** Marken.

Julius Hammerschlag

— **36 Gr. Ulrichstr. 36,** nahe der Alten Promenade. —



Dampfmaschinen

ausprobierte, erstklassige Fabrikate
von **4.75** bis **95.—** Mk.
Gute solide Maschinen
von **1.50** bis **4.50.** 5466

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Achtung, Bitterfeld.

Empfehle zum Weihnachtsfeste:

Alle Sorten **Backwaren, Nüsse, Baumbehang, Lichte** 2c. zum billigsten Tagespreise. — Durch stets vorteilhaften Einkauf bin ich in der Lage, nach wie vor meiner Kundschaft 8% Rab. auf Kolonial- und Kurzwaren zu geben. — Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß jede Woche bei mir Schlachtefest ist; ebenfalls nehme ich Wurstwaren an zum Räuchern. *2572

Wilhelm Dohle, Bitterfeld, Sommerstraße 4.

„Honig- und Lebkuchen“,
alle Sorten, in nur bester Qualität, empfiehlt
Carl Booch, Breitestr. 1,
4753 **Markt,** Roter Turm. Gegr. 1794.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig.
P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachrißstraße 5. 36 **Rabattmarken.**

Mittwoch: Schlachtefest.
C. Wilke, 42 Triftstraße 2.

Beuna

Vorteilhaftes
Kohlen-Angebot!!

Wir liefern bei sofortig. Bestellung
Spezial-Marke

Beuna

erstklassiges Brikett,
100 Zentner und mehr
Mk. 0.70 pro Ztr.
30—50 Zentner und mehr
Mk. 0.72 pro Ztr.
20—30 Zentner
Mk. 0.75 pro Ztr.
frei Gelaß. 5462

Kurt Ströfer & Co.

Kontor: **Leipzigerstraße 53.**
Fernsprecher 93.

Puppenwagen,
Kindermöbel, Korbstühle, Klappstühle empfiehlt billigst
Franz Reinhardt,
21 Kleine Brauhausstr. 21.

Unsern neuesten
Möbel

Katalog 1913
senden wir Ihnen auf Verlangen
umsonst.

Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Herren- und Damen-Garderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.

Eichmann & Co.

Gr. Ulrichstr. 51,
Eingang Schulstrasse
Halle a. S.
6 Schaufenster.
3258

Stoff-Reste

9361

zu **Knabenhosen u. -Anzügen, Herrenhosen und -Anzügen, Damenkostümen u. Röcken.**
Neue Auswahl außerord. preiswert.
Agnes Zimmer, Zwingerstr. 7.

Planinos

in besten Qualitäten,
Nussbaum, schwarz, Eiche,
von **460 Mk.** an.

Gebrauchte Planinos
5448 immer vorrätig.
Albert Hoffmann
Am Riebeckplatz.

H. Böhlert's Roßschlächterei,

Glauchaerstrasse 75
(dicht an der Glauchaisch. Kirche)
38 empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gehacktes, Lende, gekochten Schinken
sowie alle Arten
Wurstwaren
in bekannter Güte. D. O.

Akkumulatoren, Taschenlampen, Motore, Glühlamp., Batterien, Kleinbeleuchtung, Stark- u. Schwachstrom-Artikel in bekannt. Güte, solid und billig bei
R. Retscher,
Sternstrasse 14. 5316

Apollo-Theater.

5456 Täglich abends 8 Uhr:
„Mag auch die Liebe weinen“
Schauspiel i. 5 Akt. (7 Bilder), n. d. gleichn. Roman. Fr. Lehne, bearbeitet von E. Ritterfeld.
Täglich ausverkaufte Häuser!
Vorverk. i. Theaterbureau, geöffn. v. 9—1 u. 5—7 Uhr.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Mittwoch d. 10. Dezember 1913,
Nachmittags 3 Uhr:
6. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen von 25 bis 65 Pfg.
(inkl. Garderobegeld).

Hänsel und Gretel

Märchenoper in drei Akten
von Engelbert Humperdinck.
— Abends 7½ Uhr: —
94. Vorst. im Abonn. 2. Viert.
Zum letzten Male!

Gawân.

Ein Mysterium in 5 Akten
von Eduard Stucken.
Schülerkarten Mk. 1.30 (einschl. städt. Billetsteuer u. Garderobeg.).
Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag den 11. Dezember.
96. Vorst. im Abonn. 4. Viert.
Neu einstudiert

Sneewittchen

und die sieben Zwerge.
Weihnachts-Ausstattungskomödie mit Gesang und Tanz in 5 Akten, nach dem bekannten Märchen bearbeitet von C. A. Görner.

Bitte probieren Sie
Nr. 70

Fehlfarben einer **8 ₰**-Zigarre
10 Stück 60 Pfg.
Ansprechendes Format.
Weisser Brand.
Feines Aroma. F.
Joh. Sanow
Nachfl., H. Spengler
Gegr. 1887.

Ringe

5464
Entzückende Muster
Aparte Neuheiten
Bruno Klinz, Goldschmied,
Gr. Ulrichstrasse 41.
Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.

+ Frauen +

erhalten b. kr. Störung, **Blutstockung, Weißfluß,** alle anerkannten Präparate, sanitäre Artikel, Spülapparate billigst von der Genfer Fa.

Dr. Conrad Scheidig,

Halle a. d. S., Grafeweg 3a, pt. l.
Frau Böhnert. Rückporto.
Nachnahmeversand. [2524

Die Hausfrau zur Freundin spricht:
Meine Wäsche hält jetzt nicht.
Ich kann es nicht begreifen,
Verwendest Du wohl scharfes Seifen?
Bei meiner Wäsche gibt's das nit,
Ich wasche nur m. Hydraulith
Man hat viel dabei gespart,
Denn **Hydraulith** ist mild u. hart.
— Ueberall erhältlich! —
4050

Möbel-Ausstattungen
in groß. Auswahl, zu **200, 300, 400, 500 bis 2000 Mk.** stets auf Lager. Freier Transport und langjährige Garantie.
Bei Einkauf einer Möbel-Ausstattung gebe ein großes Paneelbrett gratis. 5453
Max Jungblut, Albrechtstraße 27.
Erstes Geschäft v. Friedrichsplatz.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131210-15/fragment/page=0008

Halle, 10. Dezember

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 289 — 1913.

Auch auf das kleinste Geschäft verwende weisseste Treue! Treue im Kleinsten macht die Treue dir leicht in dem Größten. Lavater.

Die Deutsche Bücherei in Leipzig.

Von Dr. Gustav Wahl, Direktor der Deutschen Bücherei.

Später als anderen Kulturnationen wird dem deutschen Volke, dem die Welt die Erfindung der Buchdruckerkunst dankt, eine Zentralsammelstelle für das nationale Schrifttum zuteil. Damit wird aber nicht neben den bestehenden älteren Bibliotheken mit ihren die Gesamtheit der nationalen Literatur bis zur Gegenwart umfassenden Bücherbeständen eine neue gleicher Richtung geschaffen. Die Deutsche Bücherei des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig, zu der am 19. Oktober 1913 der Grundstein gelegt worden ist, sammelt nicht, wie jene, mit Auswahl, sondern vollständig; sie setzt als Beginn für ihre Sammeltätigkeit den 1. Januar 1913 fest, während jene soweit auf die ältere Literatur zurückgreifen, als es die Mittel gestatten und der Wert der Bücher verlangt; sie stellt ihre Bestände endlich nur in einem eigenen Hause zur Benutzung bereit, als erste Präsenzbibliothek großen Stils in Deutschland. Durch Generationen hindurch war in Deutschland der Wunsch nach einem solchen Mittel- und Sammelpunkt des deutschen Schrifttums lebendig, aber alle Versuche, eine „National"- oder „Reichsbibliothek" zu schaffen, schlugen fehl, mußten bei der staatsrechtlichen Struktur des Deutschen Reiches und der von der Reichsregierung vertretenen Auffassung, daß die Unterhaltung von Bibliotheken Aufgabe der Einzelstaaten sei, fehlschlagen. Erst dem einmütigen Zusammenwirken des sächsischen Staates, der Stadt Leipzig und des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig war es beschieden, diese Zentralsammelstelle als „Deutsche Bücherei" in Leipzig mit klar umrissenem Programm ins Leben zu rufen. Am 3. Oktober 1912 wurde von dem Königl. Staatsfiskus, der Stadtgemeinde Leipzig und dem Börsenverein ein Vertrag über die Errichtung der Deutschen Bücherei abgeschlossen, der fast einstimmig die Genehmigung der sächsischen Ständeversammlung gefunden hat.

Die Deutsche Bücherei hat drei Hauptaufgaben: als Archiv des deutschen Schrifttums und des deutschen Buchhandels soll sie eine lückenlose Sammlung der vom 1. Januar 1913 ab in Deutschland erscheinenden deutschen und fremdsprachigen Literatur sowie der außerhalb Deutschlands erscheinenden deutschen Literatur vornehmen und für alle Zeiten aufbewahren. Dabei wird der Begriff „Literatur" ausgedehnt auf Erzeugnisse der Druckerpresse, die gemeinhin nicht darunter verstanden werden; z. B. Schul- und Vereinsschriften; Veröffentlichungen von Behörden u. dergl. Mit alleinigem Ausschluß von Musikalien und politischen Zeitungen sammelt die deutsche Bücherei alle Erzeugnisse des deutschen Buchhandels, die amtlichen Veröffentlichungen der Behörden Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz und endlich die große Fülle der Privatdrucke, die am leichtesten dem Untergang geweiht sind. Für die Aufbewahrung der Musikalien ist durch die der Königlichen Bibliothek in Berlin angegliederte deutsche Musiksammlung bereits gesorgt; die Einbeziehungen der politischen Zeitungen in das Sammelgebiet der Deutschen Bücherei mußte aus Rücksicht auf den dadurch bedingten ungeheuren Raumaufwand unterbleiben, so wichtig auch nach der übereinstimmenden Meinung aller Sachkenner gerade eine solche Sammlung wäre. Es besteht indes die sichere Aussicht, daß eine planmäßige Lösung dieser Frage unter der Führung des preußischen Staates vorgenommen wird.

Der deutsche Verlagsbuchhandel schafft sich in der Deutschen Bücherei ein lückenloses Archiv seiner Veröffentlichungen vom 1. Januar 1913 ab, ein Archiv, das den denkbar größten Schutz gegen Feuersgefahr bietet und nach den vorgesehenen Bestimmungen den beteiligten Firmen ihre Werke auf Wunsch leihweise ins Haus sendet. Unter denselben Bedingungen werden auch die früheren Verlagsartikel entgegengenommen und vor Schaden und Vernichtung bewahrt. In den Zugangslisten der Deutschen Bücherei entsteht ein vollständiger, stets ergänzter Katalog des deutschen Verlags, der den Umfang der Jahresproduktion eines Hauses nach der Zahl und Art der Werke wie nach der Summe der Preise bequem übersehen läßt. Aber auch für diejenigen Druckwerke, welche nicht durch den Buchhandel gehen, gestatten die Sammlungen der Deutschen Bücherei sichere Unterlagen und Verzeichnisse zu schaffen. Das gilt insbesondere von zahlreichen Zeitschriften, die nur einem bestimmten Personenkreise zugeführt werden und großenteils auf keiner öffentlichen Bibliothek bisher gesammelt wurden, auch der bibliographischen Verzeichnung entgangen sind; z. B. Zeitschriften von Sammlervereinen, von Organisationen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Berufsständen usw.

Alle diese Bestände den Interessenten jederzeit zur unentgeltlichen Benutzung in den Lesesälen bereit zu halten, ist eine weitere Hauptaufgabe der Deutschen Bücherei, die damit als Bibliothek in den Kreis ihrer älteren Schwestern tritt. Die vielen Lichtseiten einer Präsenzbibliothek auch für die Benutzer sind unverkennbar; so wird die Deutsche Bücherei ihren Besuchern ein rasches Arbeitstempo ermöglichen. Werke, die nicht in das Sammelgebiet der Deutschen Bücherei fallen, können für den Gelehrten aus anderen Bibliotheken leihweise beschafft werden. Zahlreiche Veröffentlichungen fremder Sprachen werden in deutschen Uebersetzungen zugänglich sein, die wertvollsten Schätze unserer Nationalliteratur im engeren Sinne werden nicht fehlen, da immer neue Ausgaben erscheinen, die der Deutschen Bücherei zugeführt werden.

Alle Eingänge der Deutschen Bücherei zusammen werden das deutsche Schrifttum, gleichviel, ob es im Handel ist oder nicht, in seiner Vollständigkeit darstellen. Auf dieser Grundlage kann eine vollständige Bibliographie der deutschen Druckwerke Deutschlands und des Auslandes und der fremdsprachigen Druckwerke Deutschlands gewährleistet werden, wie sie in diesem Umfange noch nicht besteht. Die oft erörterte Frage der Nutzbarmachung der bibliographischen Titelaufnahme für die Katalogisierungszwecke der Bibliotheken tritt durch die Begründung der Deutschen Bücherei in ein neues verheißungsvolles Stadium. Auch die bestehenden Fachbibliographien — Bibliographie der Naturwissenschaften, der Sozialwissenschaften, der Zeitschriftenliteratur usw. — dürfen der tätigsten Förderung durch die Bestände der Deutschen Bücherei gewiß sein.

Der Rechtsform nach ist die Deutsche Bücherei eine Veranstaltung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, dem die zur Errichtung und Verwaltung der Bücherei erforderlichen Mittel von seiten des sächsischen Staates und der Stadtgemeinde Leipzig durch den oben erwähnten Vertrag zur Verfügung gestellt sind. Entgegenkommend überweisen die Behörden des Reichs sowie diejenigen der deutschen Staaten ihre amtlichen Drucksachen. Zahlreiche Körperschaften, Gesellschaften, Vereine haben sich dem angeschlossen. Das deutschsprechende Ausland steht nicht zurück. Ueber 2000 deutsche, österreichische und Schweizer Verleger haben sich zur Stiftung ihrer Verlagsproduktion bereit erklärt, annähernd ebensoviele Verleger von Zeitschriften sind in gleicher Opferwilligkeit ihrem Beispiel gefolgt, und mehrere tausend deutscher Buchdruckereien haben der Deutschen Bücherei ihre wertvolle Unterstützung bei der Erlangung der Privatdrucke freudig und voller Interesse zugesagt. Die in der Satzung der Deutschen Bücherei vorgesehenen Verwaltungsorgane sind die folgenden: der Geschäftsführende Ausschuß, aus 8 Mitgliedern bestehend, der Verwaltungsrat, bestehend aus 31 Mitgliedern, die Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler. Der von modernem Geist erfüllte Gedanke des einmütigen Zusammenwirkens von Behörde und freier Berufsorganisation, der sich bereits bei der Begründung der Deutschen Bücherei bewährt hat, war auch für die Zusammensetzung der beiden erstgenannten Verwaltungsorgane der Deutschen Bücherei maßgebend; in ihnen sind zu gemeiner Arbeit vereinigt die Vertreter der Königlich sächsischen Staatsregierung, der sächsischen Ständeversammlung, der Stadtgemeinde Leipzig und Buchhändler aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Hinzu traten eine Anzahl hervorragender bibliothekarische Fachmänner aus den Bundesstaaten Sachsen, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, sowie aus Oesterreich, die eine enge Verbindung der Deutschen Bücherei mit den deutschen Regierungen darstellen.

Der für die Deutsche Bücherei von der Stadtgemeinde Leipzig zur Verfügung gestellte Bauplatz, der 12 258,7 Quadratmeter groß ist, befindet sich im Südosten an der Karl-Siegismund-Straße in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals, nicht weit vom Deutschen Buchhändlerhaus entfernt. Die Baukosten, die im ganzen auf 3 Millionen Mark veranschlagt sind, werden vom sächsischen Staat getragen. Zunächst werden jedoch nur das Verwaltungsgebäude und ein den großen Lesesaal enthaltender Mittelflügel gebaut. Es werden hier Magazinräume für 500 000 Bände geschaffen; nach Fertigstellung des ganzen Gebäudes wird die Deutsche Bücherei 5 Millionen Bände aufnehmen können. Die Pläne sind in engstem Einvernehmen mit den bibliothekarischen Fachleuten bearbeitet worden; überall ist in der Verteilung der Räume wie in der Ausgestaltung der Fassade auf die zukünftige Zweckbestimmung des Hauses die weiteste Rücksicht genommen worden. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Deutsche Bücherei nicht nur ein monumentales, dem im Entstehen begriffenen Stadtteil zur Zierde gereichendes, sondern auch wirklich praktisches und zweckmäßiges Heim erhalten wird.

Die Gründung der Deutschen Bücherei ist als das bedeutsamste Ereignis auf dem Gebiete der Bibliotheksgeschichte der letzten Jahre bezeichnet worden; man könnte vielleicht sogar sagen, daß seit der Erneuerung der alten Universitätsbibliothek in Straßburg in dem wiedergewonnenen Elsaß vor 40 Jahren keine Neugründung auf diesem Gebiete von solcher Großzügigkeit und Weite der Ausblicke, von solcher Tragweite für das ganze deutsche Geistesleben, für Wissenschaft, Schrifttum und Buchhandel zu verzeichnen ist. Weit über die Mauern der Stadt Leipzig hinaus, in der damit gleichzeitig der deutsche Buchhandel von neuem fest verankert ist, weit über das Königreich Sachsen hinaus reicht seine Bedeutung als Sammelstätte der geistigen, im Schrifttum niedergelegten Schätze der Nation, als Band, der die Deutschen jenseits der Reichsgrenzen und der Ägeane mit der alten Heimat verknüpft, als zukünftiger Mittelpunkt der zu straffer Organisation zusammenfassenden bibliographischen Unternehmungen, die sich im Wettstreit der Völker bereits jetzt die höchste Anerkennung errungen haben. Ein lebendiger Ausdruck für die opferwillige und begeisterte Hingabe an die Bestrebungen der Deutschen Bücherei ist die bereits nach Tausenden zählende Schar der Förderer der Deutschen Bücherei, die sich auf den Anruf des Geschäftsführenden Ausschusses hin zu einer „Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei" zusammengeschlossen haben. Diese Gesellschaft bezweckt, die Aufgaben der Deutschen Bücherei nach jeder Richtung und in der wirksamsten Weise zu fördern und alle die Kreise, die an dem großen Kulturwerk der Deutschen Bücherei lebendige Anteil nehmen, in engster Fühlung miteinander zu halten.

59] **In schlimmen Händen.** [Nachdr. verb.

Roman von Erich Schlaikjer.

Inzwischen aber rüstete sie alles zur Reise, was Asmussen selbstverständlich nicht verborgen bleiben konnte und auch nicht verborgen bleiben sollte. Sie wird sagen, sie reist nicht, sagte er noch am letzten Abend mit seligem Schmunzeln zu den Mädchen, und die Mädchen freuten sich. Dagmar brauchte nur guter Laune zu sein, dann strahlte auch gleich das ganze Haus.

Am nächsten Tage standen beide auf dem Bahnsteig.

Dagmar trug das schwarze Jackett und den weißen Pelzkragen.

„Du hast dich nun doch geschmückt, das ist sehr hübsch von dir."

„Wer sagt, daß es für dich ist?" Sie sah ihn listig an.

„Für wen sollte es sonst wohl sein?"

„Für den reichen eleganten Herrn in Kiel."

„Den schlage ich tot." Asmussen war durch die Scherze der letzten Tage ganz kühn geworden.

„Einsteigen!"

Dagmar sprang ins Kupee.

Ein Pfiff, und der Zug begann zu rollen..

„Ich komme nicht wieder! Ich komme nicht wieder! Du bekommst die Ansichtskarte!"

Dagmar jubelte und winkte aus Leibeskräften.

„Sie wird schon wiederkommen", sagte der Stationsvorsteher und klopfte Asmussen auf die Schulter.

Asmussen strahlte.

„So gut trifft sie es so leicht dort unten nicht."

Das meinte er auch. Er war gut zu ihr, das wußte er. Er freute sich, daß offenbar auch die andern das anerkannten. Sie würde es mit der Zeit auch selber einsehen. Sie würde immer dankbarer werden; sie würde schon erkennen, was seine Liebe wert sei. Er verlangte gar nicht, daß sie sofort zur Einsicht kommen sollte. Seine Liebe war für die Dauer. Sie würde in jedem Unwetter in ihr wohnen können. Er war von jeher ein Mann der Ruhe gewesen. Er konnte warten, bis sein Gold in Zahlung genommen wurde.

In den letzten Tagen war es doch sehr lustig gewesen. Sie hatte ja ihrem Uebermut die Zügel schießen lassen, sie hatte mit Dingen gescherzt, mit denen er nie scherzen würde, dafür aber war sie jung und lebenslustig. Wenn sie guter Laune war, ging sie sozusagen über Tisch und Bänke. Wenn er dann nicht mitkommen konnte, lachte sie ihn aus. Aber das hatte gar nichts auf sich. Es war ganz gut, daß man die Jugend im Hause hatte.

Auf einmal fiel ihm ein, wie sie ihn damals in der Weihnachtszeit hinausgeworfen hatte. Herrgott, war das lustig gewesen! Es ging wie ein heimliches Leuchten durch den grauen Wintertag, wenn er daran dachte. Oh er nicht die Wirtschaft auffuchen sollte, wo er damals gesessen hatte? Er war ja für einige Zeit Strohwitwer, er konnte gern ein wenig unfolide sein.

„Nanu, Asmussen," sagte die Wirtin, „es ist noch gar nicht fünf Uhr, und Sie gehen schon in die Kneipe?"

„Leben und leben lassen! Sonst sitzen die Gäste bei mir in der Schenke. Heute will ich einmal Gast sein."

„Dann soll es wohl ein Glas Grog sein?" Asmussen gehörte zu der älteren Generation, die im Winter dem Grog den Vorzug gab.

„Wie früh es dunkel wird! Ich habe schon um vier Uhr die Gasflamme anzieden müssen. Wohl bekomms!" Sie brachte ihm das Glas mit dem heißen Wasser. Asmussen goß mit Kennermiene den Rum hinein.

„Dezember," sagte er, als er die Flasche hinstellte, „wir können nichts anderes erwarten."

„Ach ja, wenn wir erst unter Weihnachten sind, geht die Sonne ganz weg."

„Dafür zünden wir uns Lichter an, die schöner sind."

„Das ist richtig."

„Wissen Sie noch, wie ich am letzten Weihnachtsabend hinausgeworfen wurde?"

„Ja," lachte die Wirtin, „da machte man kurzen Prozeß mit Ihnen."

„Das tat man, aber dafür habe ich mich jetzt gerächt."

„Wie haben Sie das gemacht?"

„Heute nachmittag habe ich Dagmar hinausgeworfen."

„Mein Gott!" Sie kehrte sich ganz erschrocken um.

Asmussen schmunzelte.

„Was Sie auch für Scherze machen!"

„Hm, ja! Das Schlimmste ist aber doch, daß es gar kein Scherz ist."

„Sie wollen mich wohl zum besten haben?"

„Nein. Ich habe heute nachmittag Dagmar hinausgeworfen."

Asmussen strahlte und machte mit der rechten Hand eine flotte weltmännische Bewegung.

„Wie soll man das verstehen?"

„Sie wissen doch, daß ein junges Pferd nicht allzu lange im Stalle stehen darf?"

Das wußte die Wirtin.

„Genau so ist es mit den jungen Frauenzimmern. Die Frauenzimmer sind nämlich ein Teufelskraut, sagt mein alter Peter."

„Sie haben wohl Erfahrungen gesammelt?" lächelte die Wirtin.

„Ich bin nicht umsonst Ehemann. Aus Dagmar konnte man leicht drei Frauenzimmer machen."

„Na na!"

„Leicht," sagte Asmussen und machte wieder die flotte Bewegung mit der Hand. „Sie wissen gar nicht, was in diesem Weibe für ein Leben steckt."

„Sie beißt wohl in die Zügel. Das tun die jungen Pferde ja auch."

„Sie geht über Tisch und Bänke, wie der reine Satan."

„Na, dann halten Sie nur die Zügel fest, Herr Asmussen!"

„Die Zügel fest? Ja, Sie haben eine Ahnung! Nein, man muß Diplomat sein, wenn man etwas erreichen will."

„Sie sind ja ein ganz gewitzter Ehemann geworden."

„Das bin ich auch. Ich habe sie nach Kiel geschickt. Da unten ist sie in guten Händen. Wenn sie sich müde getanzt hat, kann sie wiederkommen."

„Na, damit werden Sie Dagmar nicht erzürnen."

„Das wäre auch nicht gut," sagte Asmussen mit einem plötzlichen Anflug von Ernst. „Wenn Mann und Frau nicht mehr zusammenhalten, kann der Rest gern weggegossen werden."

Es klopfte leise an die Tür, die Wirtin ging hinaus.

„Jemand da?" fragte Asmussen. Er hatte das Klopfen gar nicht gehört.

„Es ist entsetzlich. Es war die arme Frau Carlsen."

„Da haben wir gleich ein Beispiel. Gott bewahre jeden Christenmenschen."

„O ja, o ja! Das ist der Frau auch nicht an der Wiege gesungen."

„Was wollte sie?"

Die Wirtin zuckte die Achseln.

„Sie sucht ihren Mann. Was sollte sie wollen?"

Asmussen schüttelte den Kopf.

„Sie sollte ihn gar nicht suchen, er verdient es nicht."

„Ja, Herr Asmussen, das ist auch leichter gesagt als getan. Man hört so viel."

„Wie?" Asmussen legte die Hand ans Ohr.

„Wenn er betrunken ist, schlägt er sie. Er soll auch das Kind geschlagen haben. Die Leute sagen es wenigstens."

„Schrecklich, schrecklich!"

„Nun hat sie wahrscheinlich Angst, daß er total betrunken werden soll, und sucht ihn. Da ist nicht gut hineinzureden."

„Geht er denn mit ihr?"

„Wahrscheinlich doch. Er kann ja nicht gut anders. Sie ist hier schon früher gewesen."

„Die arme Frau!"

„Ja, das ist die tiefste Armut, die einen Menschen treffen kann."

„Das ist es." Asmussen gab ihr die Hand und ging. Die verlassene Frau tat ihm so leid.

„Ein für allemal," sagte er daheim zu seinem Dienstmädchen, „will ich diesen Carlsen in meiner Wirtschaft nicht mehr sehen. Sie dürfen ihm keinen Tropfen verabreichen. Er soll es übelnehmen oder nicht. Es gilt mir gleich."

„Es ist gut, Herr Asmussen."

Weihnachten kam näher. Eine dicke schwere Schneeluft hatte sich in die Straßen gesenkt, es war unheimlich dunkel geworden. Es wurde sozusagen gar nicht mehr richtig hell. In den Haushaltungen wirtschaftete man bis tief in den Morgen hinein bei dem gelben Schein der Küchenlampen. Um Mittag war es zwar schließlich hell, aber viel mehr als eine trübe graue Dämmerung war es auch nicht. Die Straßenlaternen mußten bereits am Nachmittag angezündet werden. Es war, als habe der dunkle Abend für alle Zeit den Tag verschlungen.

„Es wird ein gehöriger Schneesturm zusammengebraut", meinte der alte Bernt. „Es kann nicht schaden, die Bodenluken einmal gründlich zu besichtigen."

„Wenn du dir nur keine unnötigen Sorgen machen wolltest —"

Der Rheumatismus seiner Frau stand auf Tau und Nebel, in der Hauptsache aber behielt der alte Bernt nun doch recht. Es brach wirklich ein rasendes Schneegestöber los, das den Schnee durch alle Ritzen der Häuser trieb. Der Bahnverkehr stockte einige Tage, aber nichtsdestoweniger atmeten alle Menschen freier. Man sollte ja meinen, daß es nun endlich hell werden müßte, oder sollte da oben noch mehr von derselben Sorte sitzen? Der Schnee war fuderweise heruntergekommen, die Stadt war in Schnee vergraben, es schien kaum möglich, daß noch mehr kommen sollte, und es kam auch keiner. Es zeigte sich aber, daß auch die alte Frau Bernt einen gar nicht so schlechten Wetter-Rheumatismus hatte. Es gab keinen Schnee, es wurde aber auch nicht hell. In den verschneiten Straßen lag ein dicker grauer Nebel, in dem sich die Menschen wie schwarze Gespenster ausnahmen. War man so zu keinem rechten Tag gekommen, hatte doch der Abend seine eigene Schönheit. Es war ja Winterluft, aber es war nicht kälter, als daß man ruhig in den Straßen spazieren gehen konnte. Die Laternen schwammen in einem erhellten Dunstkreis, der etwas märchenhaftes hatte. Wo ein Ladenfenster war, schien eine große Laterna magica ihre Zauberstrahlen in den grauen Nebel hinauszusenden. Es schimmerte und glänzte, als wenn der trübe Flor mit unzähligen Lichtdiamanten behangen worden wäre.

Weihnachten war noch zu fern, als daß die rechte Stimmung der Erwartung bereits durch die Häuser gegangen wäre. Die Straßen waren am Abend belebt, es war aber mehr die Neugier, die die Menschen hinaustrieb. Man wollte nicht kaufen, man wollte nur die Auslagen besehen. Man wollte die Herrlichkeiten auf sich wirken lassen, wollte mit Bekannten reden und wollte als Vorprobe des kommenden Festes seine fröhliche Zerstreuung haben. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191312 10-15/fragment/page=0009

Kleines Feuilleton.

Tolstoi und Anna Karenina

Einer der Söhne des Grafen Tolstoi, der Graf Elias Tolstoi, veröffentlicht in der Revue de Paris seine Kindheitserinnerungen, die einen neuen Einblick in das Familienleben Tolstois gewähren. Lebhaft entsinnt sich Graf Elias Tolstoi des Selbstmordes, der später seinem Vater vorschwebte, als er das Ende der Anna Karenina gestaltete. Das Ereignis, das auf den Dichter einen so starken Eindruck machen sollte, vollzog sich im Januar 1872. Cibikow, der Vater einer der Spielgefährten der Tolstoi-Kinder, war mit einer Frau betrogen, die Anna Stepanowna hieß. „Die Eifersucht auf eine Lehrerin verzehrte sie und sie warf sich vor einen Eisenbahnzug. Ich weiß noch", so erzählt Graf Elias, „wie irgendwer kam und meinem Vater davon erzählte, der auf der Stelle zu Cibikow eilte, dann zum Bahnhof und schließlich auch der Autopsie beiwohnte. Ich glaube sogar, daß ich mich noch ein wenig der guten, etwas rundlichen und banalen Gestalt Annas entsinne. Ich hatte sie gern, sie war so einfach und so freundlich; ich konnte nicht verstehen, wie Alexander Nikolajewitsch dieser Frau eine andere vorziehen könne, gleichviel wer die Begünstigte auch sein möchte." Später erfuhr das Kind, daß „Anna Karenina" der Titel eines Romans war, an dem Vater und Mutter gemeinsam arbeiteten. Dem Kinde erschien es damals, als ob die Arbeit der Mutter an dem Buche viel größer sein müsse als die des Vaters, denn es sah die Mutter vom Morgen bis zum Abend über Blätter und Zettel gebeugt, die mit einem schrecklichen Getritzel bedeckt waren. Immerzu war die Mutter damit beschäftigt, diese Hieroglyphen zu entziffern und abzuschreiben. Von dem Vater dagegen sahen die Kinder in jener Zeit wenig, denn er blieb den ganzen Tag in seinem Arbeitszimmer ihren Blicken entzogen. Die Arbeit der Gräfin wurde noch erschwert durch die fortwährenden Aenderungen und Korrekturen Tolstois, durch die die Gräfin fast immer gezwungen wurde, die Abschrift völlig neu herzustellen. Diese fortwährenden Umänderungen und Korrekturen wurden beinahe zu einer Manie und nahmen kein Ende; in der Tat mußte ihretwegen die Veröffentlichung des Werkes im Russischen Boten auch mehrfach unterbrochen werden. Graf Elias erzählt, daß sein Vater den Roman niemals leiden konnte. Von Anfang an sprach er von dem Werke nur mit offenkundiger Verachtung. „Alles ist schlecht", sagte er, „alles, was schon erschienen ist, müßte umgearbeitet werden. Das ganze müßte man wieder einschmelzen, umkneten, verwerfen, verleugnen, und sagen: Ich bitte um Verzeihung, ich werde auf die Geschichte nicht mehr zurückkommen." Und ein andermal erklärte Tolstoi: „Ist es etwa interessant, zu schildern, wie ein Offizier sich in eine Dame vernarrt? Das ist nicht schwer und vor allem: darin steckt nichts Gutes." Wenn nicht Schwierigkeiten entstanden wären, hätte Tolstoi seine Anna Karenina, die er so bitter beurteilte, am liebsten vollkommen vernichtet.

Ueber Affen.

Ueber die Affen macht Geo Innison, ein bekannter englischer Tiergärtner, allerlei interessante Mitteilungen in einem englischen Fachblatt. Der Affe, sagt er, ist fast ohne Ausnahme das einzige Tier, das einen Spaß versteht. Sein Geist ist sehr rege, und er muß amüsiert werden, um bei Gesundheit zu bleiben. Ein Schaukelpferd, eine Tonne, ein Karussell sind seine Freude. Fast alle Affen sind gute Schwimmer. Sie kommen bei Hitze gut vorwärts, ebenso bei Kälte, aber leiden sehr unter gemäßigter Temperatur. Die Frische-Luftkur gegen die Schwindsucht, der sie leicht anheimfallen, hat außerordentliche Erfolge zu verzeichnen, aber man hat gefunden, daß nach einigen Jahren die Freiluftkäfige nicht mehr so gute Resultate zeigen, wahrscheinlich, weil sie mit widerstandsfähigeren Bazillen infiziert sind. Ein Fingerzeig für Lungenheilanstalten! Hölzerne Bauten, die man alle zehn Jahre verbrennen kann, dürften sich als die besten und billigsten erweisen!

Die Affenherrschaft als primitive Regierungsform ist des Studiums würdig. Jeder Käfig hat seinen anerkannten Tyrannen, selbsternannt und selbstbewußt. Hat man einen wertvollen, aber zarten Affen, so gibt es keine bessere Art, ihn zu kräftigen, als wenn man ihn als Führer zu Untergebenen bringt. Ein abgesetzter Führer dagegen verkümmert oft im Ueberfluß. Wenn der Führer genug gefressen hat, läßt er die andern ruhig ans Futter, ist er aber bösartig, so tyrannisiert er die, die nach einem besonderen Leckerbissen langen. Und bösartig sind sie fast alle. Ein wohlwollender Tyrann ist ein Juwel. Es kommt hie und da vor: ein starkes Tier, kräftig genug, um Ordnung zu halten und die andern zu Quälen der Schwachen zu hindern. Manchmal tun sich zwei Affen zusammen, um den Führer abzusetzen, dann gibt es aufregende Episoden und schlaue Kriegstaktik genug. Aber der kluge Wärter tut gut daran, die Autorität des guten Tyrannen aufrecht zu erhalten. In dieser patriarchalischen Regierung wird die Gemeinde durch den Respekt vor dem Führer zusammengehalten. Die humoristische Anwendung dieser Erfahrung säuberte einen gewissen indischen Distrikt vor kurzem von einer Horde Entellus. Diese Affen haben schwarze Hände und Füße, ihr Fell ist weiß, lange Backenbärte zieren das kohlschwarze Gesicht. Als nun eines Tages der Führer der Herde den Arm durch ein Loch steckte, um eine Banane zu stehlen, wurde er dabei erwischt und gründlich rasiert. Kein Barthaar blieb auf seinem vernarbten alten Gesicht. Die Folge war, daß seine Anhänger ihn verabscheuten, und die Truppe sich auflöste.

Das Gefühl der Stammeszugehörigkeit ist so stark, daß es schwer und oft gefährlich ist, einen Affen aus einem bevölkerten Käfig herauszunehmen. Danach ist man geneigt, die Geschichten zu glauben, wonach tote Affen von ihren Kameraden gesucht und mitgeschleppt werden. Die Männchen sind es, die diese Arbeit verrichten.

Die Aegypter verehrten den Hamadryaden-Affen, der dem Gott Thout geweiht war. Seine Mumien zeigen, daß die Affen damals genau an denselben Krankheiten litten, wie heute. Die Skulpturen der Tempelgräber zeigen, wie sie für die Aegypter Obst pflückten. Eine Skulptur zeigt sie sogar als Fackelträger, vielleicht ein Scherz, da der Affe große Angst vor der Flamme hat.

Eine Trinkgeldgeschichte.

Es war ein ehrwürdiger, freundlicher alter Herr im Gewande des englischen Geistlichen. In einem bekannten Londoner Hotel, aus dem man nicht wieder entschlüpfen kann, ohne das fürchterlichste Spießrutenlaufen durch die erwartungsvollen Reihen der Hotelangestellten, nahm er ein freundliches Zimmer im obersten Stock, „mit Aussicht auf den Dom von St. Paul, wenn ich bitten darf." Er schien in Hotels nicht sehr bewandert zu sein, denn er hatte keine Seife mitgebracht. Diese bestellte er also beim Kellner, und auch eine Wachskerze, da er, wie er sagte, ihr gesundes Licht dem elektrischen vorzöge. In seiner Rechnung am folgenden Morgen fand er unter anderm: Seife: ein Schilling, Kerze: 6 Pence. Der alte Herr sah wohlwollend auf die Rechnung herab, aber ehe er sein Zimmer verließ, steckte er die Seife in die linke Rocktasche, die Kerze in die rechte. An der Hotelpforte standen sie schon in Reih und Glied. Der alte Pfarrer nahte mit gütigem Lächeln. Dem Liftboy tätschelte er den Krauskopf. Dem Mann, der dazu da ist, um graziös nichts zu tun, sagte er ein freundliches: Danke recht schön. Ein fataler Anfang für die Kompagnie. Dennoch kamen Hausknecht und Portier heran, mit ausgestreckten Händen. Da zog er aus den Tiefen seiner Tasche erst die Kerze und drückte sie dem boots in die Hand mit den Worten: Six Pence für Sie. Und die Seife in die Hand des Mannes mit den Goldtressen: ein Schilling für Sie, mein Freund. Die überraschten Empfänger sahen sich immer noch ihre Trinkgelder an, als der alte Herr schon in seiner Autodroschke dahinrollte.

Humor und Satire.

Die Berichtigung. Im Koblenzer General-Anzeiger findet sich folgendes nachdenkliche Inserat:

„Aufklärung! Der verstorbene Herr J. Weber, Althändler, war kein Ehrenmitglied, sondern nur zahlendes Mitglied. Er ruhe sanft! Verein Maria Viktoria.

Das Jubeljahr. So hab' ich den Hunger noch nie gespürt wie heuer, wo ma von nix anderem hört als von Festtafeln und Jubiläumsessen.

Oekonomie. „Sarah, bin ich in Verlegenheit, wen ich soll nehmen als neuen Diener." — „Nehmen wer 'n Neger: ist billig, ist treu, ist anspruchslos und schmutzt nicht so!"

(Simpl.)

Aus der Nordmark. Die Witwe Hansen wurde verhaftet, weil sie ihren Enkelkindern Märchen des Dänen Andersen vorlas.

Technische Rundschau.

Fernwirkung elektrischer Strahlen.

Aus England gelangte kürzlich eine Nachricht zu uns, die für die zukünftige Kriegsführung die gewagtesten Perspektiven eröffnet. Mit Hilfe geheimnisvoller elektrischer Strahlen, von ihrem Erfinder „X-Strahlen" genannt, soll es möglich sein, das Pulvermagazin eines fünf Seemeilen weit entfernten Kriegsschiffes zur Explosion zu bringen. Nach den unvollkommenen Angaben, die über die Sprengversuche mit diesen Strahlen in die Oeffentlichkeit drangen, handelt es sich um ultraviolette Strahlen, die vom Lichtbogen einer Bogenlampe ausgehen. Durch einen sog. Lichtfilter, bestehend aus einem System von Quarzlinsen, werden alle Farbenstrahlen des Spektrums absorbiert mit Ausnahme der ultravioletten Strahlen, denen die unheimliche Fernwirkung zugeschrieben wird. Diese Wirkung soll darin bestehen, daß in den bestrahlten Gegenständen eine Veränderung der Moleküle und hierdurch eine Selbstentzündung hervorgerufen wird. Wie die Strahlen ausgerechnet dem Pulvermagazin übermittelt werden, ohne daß sie vorher ihre Wirkung einbüßen, ist leider nicht erwähnt.

Die Fernwirkung elektrischer Wellen ist uns aus der drahtlosen Telegraphie bekannt; die von der Sendstation ausgesandten Wellen lösen auf der weit entfernten Empfangsstation optische oder akustische Zeichen aus, die man nach Verabredung zu einem Alphabet zusammenstellen kann. Eine andere Anwendung von der Fernwirkung funkentelegraphischer Wellen machte im Jahre 1911 Christoph Wirth, der sein elektrisches Fernlenkboot nach Wunsch steuerte, beleuchtete und stoppte, indem er empfindliche Schaltapparate auf dem unbemannten Motorboote durch elektrische Wellen betätigte. Anfangs glaubte man, der Erfinder würde die verschiedenen Funktionen durch Wellen von verschieden abgestimmten Wellenlängen auslösen. Wie er aber selbst jüngst bekanntgab, befindet sich auf dem Boot ein Schaltrad mit sechs Schaltscheiben, an die je ein kleiner Elektromotor angeschlossen ist. Jeder von ihnen betätigt, wenn sein Stromkreis längere Zeit hindurchgeschlossen bleibt, einen Schalter und löst damit die gewünschte Funktion aus. Durch rasches Hinübergleiten von einer Schaltstellung in die andere kann man die nicht gewünschte Funktion auslassen und in jeder beliebigen Reihenfolge die beabsichtigten Wirkungen folgen lassen. Den Strom zum Betrieb der Elektromotoren, Beleuchtung und Signale liefert eine an Bord befindliche Akkumulatorenbatterie. Der lokale Stromkreis wird durch einen auf funkentelegraphe Wellen ausspreschenden Empfangsapparat geschlossen und durch das erwähnte Schaltrad reguliert.

Wirth hat durch zahlreiche gelungene Versuche zum erstenmal gezeigt, daß durch elektrische Wellen mechanische Funktionen in großem Stil ausgelöst werden können. Der Gedanke an die Fernsteuerung von Torpedos und Unterseebooten lag nahe. Der Torpedo ist ein 4—5 Meter langes, mit Sprengstoff gefülltes Geschoß, das mittels komprimierter Luft durch zwei Schrauben im Wasser vorwärts getrieben wird. Beim Auftreffen auf ein feindliches Schiff explodiert die im Vorderteil festgelagerte feuchte Schießbaumwolle, so daß der stärkste Schiffspanzer durchschlagen wird. Die Torpedos werden aus einem Lanzierrohr abgeschossen; ihre Wirkung hängt also hauptsächlich von der Treffsicherheit der Bedienungsmannschaft und von der Ruhe des Ziels ab. Der Prozentsatz der Treffer ist jedoch bei dem komplizierten und kostspieligen Geschoß, das einen Wert von 15 000 bis 20 000 Mark repräsentiert, schon bei Entfernungen über einen Kilometer sehr gering, zumal wenn das feindliche Schiff in Bewegung ist. Wenn der Torpedo lenkbar wäre und durch elektrische Wellen nach Belieben gesteuert werden könnte, würde diese geführtete Waffe eine Wandlung im Seekriegswesen und im Bau der Kriegsschiffe hervorrufen. Daß man in der Kriegsmarine mit einer solchen Umgestaltung rechnet, beweisen die Versuche, die seit zwei Jahren von der englischen Torpedoschule in Portsmouth angestellt werden. Nach vielen Fehlschlägen ist es hier gelungen, ein Unterseeboot in 15 Kilometer Entfernung sowohl auf wie unter dem Wasser nach Belieben zu lenken! Die Einrichtung zur Fernlenkung soll in vielen Punkten von der Erfindung Wirths abweichen, aber im Prinzip damit übereinstimmen. Das Auf- und Unterstaichen bereitete die größten Schwierigkeiten, besser glückte die Fernsteuerung vom Lande oder von einem Kriegsschiffe aus. Es ist in Portsmouth eine spezielle Abteilung für diese Versuche gebildet worden. Lufttorpedos zur Bekämpfung von Luftschiffen auf drahtlosem Wege lenkbar zu machen. Der Gedanke, ein Luftschiff über eine feindliche Festung zu schicken, dort Sprengmittel abwerfen zu lassen und es wieder zurückzulenken, läßt die Unheimlichkeit künftiger Kriege voraussahnen.

Glücklicherweise eröffnet sich der drahtlosen Fernwirkung elektrischer Wellen noch ein anderes Anwendungsgebiet, das sich auf die Verhütung von Eisenbahnunfällen, den automatischen Signaldienst und die Zugsicherung erstreckt. Durch eine neue Erfindung von Wirth soll es ermöglicht werden, einen rasch dahinfahrenden Zug von jeder Station und jedem Bahnwärterhaus aus durch einen Fingerdruck auf einen elektrischen Wellensender-Apparat sofort zum Stehen zu bringen. Auf dem Dache des Gepäckwagens ist ein Auffangedraht für die elektrischen Wellen, die sogenannte Antenne, angebracht; eine längs der Bahnlinie laufende Telegraphenleitung dient als Sende-Antenne. Von den über die Strecke in bestimmten Abständen verteilten Sendestationen aus wird dem Lokomotivführer ein Glocken- oder Lichtsignal durch Aufleuchten einer roten Glühlampe übermittelt, damit er die Westinghousebremse zieht. Die Einrichtung kann auch so getroffen werden, daß ein Relais die Notbremse direkt betätigt. Die Fernbremsung und die drahtlose Uebermittlung von Warnungssignalen an den Lokomotivführer werden in vielen Fällen, wie bei Schienenbruch, Dammunterspülung, Brückendefekt, Bergrutsch, gute Dienste leisten und zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs beitragen. Da die Einrichtung nicht teuer ist und sich bei den Probefahrten auf der Strecke Nürnberg-Gräfenberg praktisch bewährt hat, werden die Eisenbahnbehörden wohl nicht länger zögern, die neuen funkentelegraphischen Bremsapparate auch auf größeren Linien einzuführen. Die drahtlose Telegraphie, die auf dem Meere bereits so vorzügliche Dienste bei Schiffskatastrophen zur Herbeirufung von Hilfe geleistet hat, wird also in nächster Zukunft auch auf dem Lande den Verkehrsdurch Verhütung von Eisenbahnunfällen sicherer und gefahrloser gestalten.

Die Schnellsetzmaschine.

Durch die Fachpresse der Buchdrucker werden zurzeit sensationelle Mitteilungen über eine neue Erfindung verbreitet, die angeblich große Umwälzungen im Buchdruckgewerbe nach sich ziehen, insbesondere zahlreiche Setzer brotlos machen soll. Soweit sich bisher übersehen läßt, hat die von Ingenieur H. Drewell konstruierte Schnellsetzmaschine zweifellos eine hohe technische Bedeutung. Es ist auch gar nicht daran zu zweifeln, daß hier und da eine gewisse Ersparnis an Arbeitskräften eintreten wird.

Die Umwälzung ist jedoch bei weitem keine so große und jedenfalls auch nicht so rasche, wie seinerzeit die Einführung der ersten Setzmaschinen. Wenn also auch noch der Schnellsetzmaschine das jeder epochemachenden technischen Erfindung gebührende Interesse entgegengebracht werden muß, so liegt doch für die am nächsten interessierten Kreise des Buchdruckgewerbes kein Anlaß zu großer Beunruhigung vor. Im Gegenteil! Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß hier die an sich arbeitsparende neue Maschine binnen kurzer Zeit eine gewisse Zunahme der Arbeitsgelegenheit bringt, insofern nämlich, als sie die Satzkosten wesentlich verbilligt und so die Drucklegung von Schriften ermöglicht, die bisher wegen zu hoher Kosten entweder auf primitivere Art vervielfältigt oder gar nicht publiziert wurden.

Um die wirtschaftliche Bedeutung der Schnellsetzmaschine richtig zu würdigen, muß man vor allem ihre technischen Vorteile gegenüber den bisher üblichen Systemen von Setzmaschinen kennen. Es handelt sich um eine Linotype, die in verschiedener Beziehung auch an die Monotype erinnert. Sie besteht aus drei einzelnen Apparaten, die völlig getrennt von einander aufgestellt werden können: einer Schreibsetzmaschine, einem Umspuler und der Gießmaschine. Die Schreibsetzmaschine liefert einen Lochstreifen (ähnlich den Notenrollen automatischer Klaviere), sowie auch einen richtigen Korrekturabzug, den der Setzer während des Tippens schon kontrollieren und korrigieren kann. Der Umspuler dient dazu, die Papierrolle umzuwickeln, Worte und Zeilen zu „löschen" usw. Die Gießmaschine erfüllt die gleichen Funktionen wie bisher, nur mit dem Unterschied, daß der Lochstreifen hier gewissermaßen die Funktion des Setzers übernimmt. Der große Vorteil gegenüber den bisherigen Systemen liegt darin, daß die Schreibsetzmaschine wie jede gewöhnliche Schreibmaschine überall in Bureaus, Banken usw. aufgestellt und eigentlich von jeder Schreibmaschinistin bedient werden kann. Es kann gleich an Ort und Stelle Korrektur gelesen und geändert werden, so daß viel Zeit und Porto für Korrekturversendungen usw. erspart wird. Auch vollzieht sich das Setzen natürlich wesentlich rascher als bisher. Wenn jedoch von verschiedenen Seiten behauptet wird, daß Leistungen von 16 000 bis 18 000 Buchstaben pro Stunde ohne Schwierigkeiten zu erreichen seien, so ist hiergegen einige Skepsis am Platze. Es ist keineswegs möglich, höhere Leistungen als auf der gewöhnlichen Schreibmaschine zu erreichen, und hier stellt bekanntlich eine Schnelligkeit von 18 000 Buchstaben pro Stunde einen Rekord dar, den besonders geübte Renommierschreiberinnen großer amerikanischer Fabriken geschaffen haben. Die Durchschnittsleistungen halten sich auf einem bedeutend niedrigeren Niveau.

Es sei noch bemerkt, daß die neue Erfindung vorläufig erst von einer zu diesem Zwecke gegründeten Studiengesellschaft ausprobiert wird und daß ihre fabrikatorische Herstellung noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Auch dann ist nicht daran zu denken, daß der Markt im Nu mit neuen Schnellsetzmaschinen überschwemmt wird und daß alle bisher gebräuchlichen Systeme ins alte Eisen wandern. Die Einführung wird sich relativ langsam vollziehen, zumal ja nicht nur die Druckereien, sondern auch zahlreiche private Bureaus Banken usw. sich wenigstens den ersten Teil des Gesamtapparts, die Schreibsetzmaschine, anschaffen werden, um ihre Publikationen selbst zu setzen und in der Druckerei fertigstellen zu lassen. Außerdem werden wohl auch die Arbeiterorganisationen sich gegen eine allzu rigorose Umwälzung zu sichern wissen. In ähnlicher Weise ist es ja auch in der deutschen Glasindustrie gelungen, unnötige Härten bei der Einführung der bekannten Flaschenblasmaschine durch entsprechende Verbindungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verhindern.

Notizen.

— Erfindung neuer Spinnmaschinen. Das Konsulat in Barcelona berichtet: Die hiesige Tagespresse bringt die Nachricht von einer Erfindung, welche berufen sein soll, eine epochemachende Umwälzung in dem gesamten bisherigen Mechanismus der Baumwollspinnerei hervorzurufen. Es handelt sich um die kürzlich durch einen Textilindustriellen namens Fernando Casablancas in Sabadell, dem in der Nähe Barcelonas gelegenen wichtigen Textilemporium Kataloniens, gemachte Erfindung einer Spinnereimaschine, die in technischer Beziehung von allen bisherigen Spinnereisystemen vollständig abweicht. Die Hauptvorzüge dieser Erfindung bestehen in einer großen Ersparnis an Rohmaterial und Reduzierung in den bisherigen maschinellen Einrichtungen, da die neue Maschine imstande ist, allein drei verschiedene Spinnereivorrichtungen vorzunehmen, für welche bisher drei verschiedene Maschinen notwendig waren, die nun bei Verwendung der neu erfundenen Maschine entfallen und außerdem eine Ersparnis an Regiekosten von rund 25 Prozent ermöglichen werden. Die in Anwesenheit mehrerer hundert Personen, worunter die meisten Textilfabrikanten Kataloniens vertreten waren, kürzlich in Sabadell vorgenommenen Proben mit der in Rede stehenden Maschine sind nach fachmännischer Beurteilung glänzend ausgefallen und der Erfinder wurde allseits beglückwünscht.

— Der Hamburger Elbtunnel. Bei dem jetzt wieder auftauchenden Projekt eines Kanals zwischen Dover und Calais dürften einige Angaben über den Hamburger Elbtunnel interessieren. Der 426 Meter lange und 6 Meter hohe Tunnel, der von den St. Pauli-Landungsbrücken nach dem gegenüberliegenden Steinwärder führt, besteht aus zwei nebeneinanderliegenden eisernen Röhren, die aus einzelnen 25 Zentimeter breiten Ringen zusammengesetzt sind, die zusammengenietet, mit Blei abgedichtet und dann mit Beton ausgekleidet wurden. Der Vortrieb der Röhren, deren Scheitel ungefähr 6 Meter unter der Sohle der Elbe, also etwa 16 Mtr. unter dem Wasserspiegel bei Niedrigwasser, liegt, geschah durch ein Brustschild, das durch hydraulischen Druck vorgetrieben wurde. In den Tunnel führt an jedem Ende ein Einfahrtsschacht, in dem Personen und Wagen durch Fahrstühle annähernd 26 Meter hinab- und hinaufbefördert werden. Außerdem führt noch Treppen vorhanden. Der Bau dieser Schächte, die einen Durchmesser von 26 Meter haben, gestaltete sich infolge des unsicheren, wasserdurchlässigen Bodens sehr schwierig. Die Kosten des ganzen Werkes, dessen Bauzeit vier Jahre betrug, haben sich auf rund 11 Millionen Mark belaufen.

— Ein Wecker für Nervöse. Der wachsenden Nervosität unserer Zeit wird ein Wecker gerecht, der zuerst 20 Sekunden leise auf eine kleine Glocke schlägt, um ein erschrecktes Wachen zu vermeiden. Allmählich verstärkt sich das Geläute so sehr, daß auch der tiefste Schlaf gestört wird. Das Läutewerk ist natürlich abstellbar und wird durch Aufziehen des Weckers wieder auf leises Geläute eingestellt.

— Die erste Eisenbahn auf Island. Das isländische Parlament hat die Summen bewilligt, die zu Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn gefordert wurden. Der Schienenstrang soll von der Hauptstadt Reykjavik bis nach Thingvalla, einer kleineren Stadt im Innern der Insel, führen. Das Kapital will sich an die reichen Bodenschätze der Insel heranmachen. Hand in Hand mit dem Bahnbau geht der Plan, den Hafen von Reykjavik auszubauen und modern auszurüsten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191312 10-15/fragment/page=0010